

MITTEILUNGSBLATT der

Lager-Gemeinschaft

DACHAU

Im Dezember 1968

Dachau Symbol des Kampfes aller überfallener Nationen!



Mahnmal auf dem Appellplatz des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau. Entwurf und Ausführung Glid Nandor, Jugoslawien

An unsere Freunde und Kameraden!

Wie immer in der Vergangenheit, hatte unsere Lagergemeinschaft auch im Jahre 1968 umfangreiche Arbeiten zu erledigen. Sie sind für den einzelnen Kameraden nicht immer sichtbar. Aber sicher ist, daß die Lagergemeinschaft diese Arbeiten nicht erledigen könnte, ohne die Spenden von vielen unserer Kameraden. Ihnen vor allem gilt unser Dank und unsere Anerkennung. Dabei wissen wir sehr wohl, daß so Mancher nicht in den besten Verhältnissen lebt.

Allen unseren Kameraden und Mitarbeitern wünschen wir zu den Feiertagen und zum Jahreswechsel Gesundheit und Wohlergehen für das kommende Jahr 1969. Dabei ist es unser aller Wunsch, daß es endlich ein Jahr des Friedens in aller Welt werden möge.

Das Präsidium der Lagergemeinschaft

Aus LIEBE zum Vaterland

Die Sonne sinkt. Die schwarzen Ziegel auf dem breiten Kuchendach schimmern. Kalkweis steht ein langer Spruch darauf, der sich jedem Häftling des K.Z. Dachau quälend einprägt. Aufdringlich spreizt er sich besonders bei den oft viele Stunden dauernden Zählappellen:

Es gibt einen Weg zur Freiheit. Seine Meilensteine heißen: Ordnung, Fleiß, Sauberkeit . . . Unterordnung und Liebe zum Vaterland.

Ein Häftling geht eilig über den Appellplatz. Er will gerade um die Ecke biegen, um zu seinem „Block“ zu gelangen, da erscheint wie aus dem Boden gestampft plötzlich ein SS-Mann, ein sogenannter Blockführer. Auf zehn Schritt Abstand bleibt der Häftling

wie es vorgeschrieben ist stehen, murmelt sein ebenfalls befohlenes Sprüchlein, Nummer und Name.

Ich befinde mich nicht weit davon und bin Zeuge folgender Szene:

Der Scharführer fragt: „. . . und weshalb bist du hier?“ Ich kann jetzt aus den Buchstaben auf dem auf den Kittel des Häftlings aufgenähten Winkel erkennen, daß dieser Häftling ein junger Tscheche ist.

Der dreht sich kurz um, schaut auf das schräge Kuchendach und antwortet mit sichtlichem Stolz:

„Aus Liebe zum Vaterland!“

Ehe sich der verdutzte Mann von der Waffen-SS wieder besonnen hat, ist der tschechische Kamerad bereits außer Sichtweite.

Bruno Jacob, Berlin

Die Geschichte von Dachau

Viele Jahre lang haben unsere Kameraden gefragt, wann sie wohl erscheinen wird. Nun hat das Internationale Komitee sie herausgegeben, der belgische Historiker Paul BERBEN hat sie geschrieben. Der Autor hat jahrelang alle erreichbaren Quellen aus verschiedenen Ländern gesammelt, Berichte, Dokumente, Unterlagen ausgewertet und überprüft. Eine internationale Kommission hat ihm dabei geholfen.

Nun liegt die französische Ausgabe vor, ein amerikanischer Verlag hat die englischen Rechte angekauft. Es fehlt nur die deutsche Ausgabe. Aber auch sie wird erscheinen, erwartet von allen, die dabei geholfen haben, wofür der Rezensent allen herzlichst dankt, die ihm mit Hinweisen und Material geholfen haben und die der internationalen Kommission weitergegeben worden sind.

In 16 Kapiteln umfaßt die „Geschichte“ – für uns ein Stück unseres eigenen Lebens und des Kampfes in Hitler-Deutschland. Sie beginnt mit der Schaffung und Einrichtung des KL. Dachau, berichtet über die Häftlinge, Kommandantur und Verwaltung, die Mentalität der SS, die Arbeit und das tägliche Leben der Gefangenen, die Transporte, Krankheit und Tod, Strafen und Exekutionen, medizinische „Experimente“, die Geistlichen, die Welt der Häftlinge, Widerstand und Solidarität, die uns half das Ende des Nazismus nicht tatenlos zu erleben. Die „Letzten Tage“, „Nach der

Befreiung“ und die „Toten von Dachau“ beschließen die Geschichte.

Das Buch ist nicht nur ein Bericht, nicht nur eine Sammlung von Dokumenten, Unterlagen, Plänen, Karten, Fotos, die gewissenhaft aus den Archiven verschiedener Länder gesammelt und ausgewählt worden sind. Für Menschen, die das Lager nicht selbst erlebt haben, für die Jugend, ist das Buch ein Erlebnis, weil es nüchtern und gewissenhaft das Leben in Dachau wiedergibt. Für Schulen und Lehrer, für die Historiker ist es ein Nachschlagewerk über Dachau. Besonders unseren kritischen Kameraden, die das Lager selbst erlebt haben, kann das Buch zum Lesen und Studium empfohlen werden. Die Geschichtskommission erhofft sich, daß aufgrund des Quellenmaterials immer neue Hinweise und auch kritische, sachlich fundierte Darlegungen gebracht werden, die bei den kommenden Auflagen verwertet oder für neue, noch zu schreibende Bücher verwendet werden können.

Hans Schwarz

Paul BERBEN „Histoire du camp de concentration de Dachau (1933–1945)“
Herausg. Comité International de Dachau Bruxelles 1968 301 S. franz., mit zahlr. Abb., Karten, Listen, Dokumenten.

„lebende kämpfen“

Am 22. Februar 1944 starben 30, am 4. September 1944 92 sowjetische Flieger, Offiziere und Kommissare unter den Kugeln der SS im Krematorium von Dachau. Niemand, der die beiden Tage erlebt hat, wird sie vergessen.

Sie hatten in den Kriegsgefangenenlagern Süddeutschlands die größte illegale Organisation des Widerstands aufgebaut, gemeinsam mit Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen anderer Nationen, mit der Antinazistischen Volksfront in München, bis in das KL Dachau reichend und in andere Lager, sich über ganz Deutschland und nach Österreich und das damalige „Protektorat“ Böhmen-Mähren erstreckend.

Gerade rechtzeitig ist ein Buch des sowjetischen Historikers J. A. BRODSKI, Moskau erschienen, das gewissenhaft fundiert auf Grund von Dokumenten der Gestapo, des Nürnberger Militärtribunals, der Berichte deutscher, österreichischer und sowjetischer Mitkämpfer und Kameraden zusammengestellt, sich doch wie ein Heldenepos liest. Es ist ein Hohelied der Solidarität unterdrückter, gefolterter Menschen, die den Kampf auch unter den schwierigsten Bedingun-

gen der Kriegsgefangenenlager, der Illegalität, des Konzentrationslagers Dachau nicht aufgaben.

Die Dachauer Kameraden werden dieses Buch nicht nur mit großer Beklemmung in die Hand nehmen, sondern auch mit Spannung, denn es handelt von ihnen, von ihrer Hilfe und Solidarität, die sie ihnen auf dem Block, im Arbeitseinsatz, in der Schreibstube, im Revier geleistet haben. Sie sind oft genug nicht mit Namen genannt, aber sie erscheinen alle, die geholfen haben, den Moloch Faschismus niederringen zu helfen. Das Buch handelt von der gemeinsamen Solidarität des gemeinsamen Kampfes und läßt die Zeit des Widerstandes wiedererstehen.

Wir werden noch ausführlich darauf zurückkommen.

Hans Schwarz

J. A. BRODSKI, „Lebende kämpfen. — Die Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW).

VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1968 - 251 S. deutsch.



Bericht

für die
Internationale Museumskommission
September 1968 München (Auszug)

1.

Für die Periode Januar–August 1968 wurden 188 000 Besucher der Gedenkstätte festgestellt. Darunter waren 374 deutsche Schulklassen mit 15 010 Schülern. Die ausländischen Besucher, etwa 60 % der Gesamtbesucherzahl kamen aus 45 Ländern.

2.

Die bedeutendste Neuanschaffung für die Dokumentationssammlung besteht aus über 500 bisher unbekanntem Fotos aus den Jahren 1933–1938, die die SS

im Konzentrationslager Dachau aufgenommen hatte. Einige Aufnahmen, wie Strafstehen, der Bau der Lagerstraße usw., konnten als völlig neue Aspekte in die Ausstellung eingefügt werden.

3.

Das im Archiv bereits vorhandene Dachau-Material konnte in über 600 Hängeakten klassifiziert werden.

4.

Die Museumsbibliothek umfaßt gegenwärtig über 1700 Publikationen.

5.

Der für die Museumsbesucher vorgesehene Film, der täglich vorgeführt werden soll, ist im Rohschnitt fertig mit Ausnahme weniger, noch einzublendender Dokumentarstreifen und -fotos, die zusätzlich in historischen Filmarchiven ermittelt und fotokopiert werden mußten.

6.

Die Tätigkeit der Museumsleitung muß sich vornehmlich auf einen reibungslosen Ablauf des täglichen Museumsbetriebes konzentrieren. Das sollte vielleicht klargestellt werden mit den damit verbundenen Aufgaben.

Das Museum ist im Gegensatz zu anderen Museen täglich geöffnet. Es muß jeden Tag zugänglich sein. Mit der bisherigen Archivarbeit wurde der Versuch gemacht, eine für jedermann übersichtliche Einordnung der Dachau-Dokumentation zu ermöglichen. Die Praxis hat gezeigt, daß z. B. die Staatsanwaltschaft sowohl im Archiv als auch in der Bibliothek Beweisunterlagen für laufende Ermittlungsunterlagen sowie für Ermittlungsverfahren in mehr als erhofften Ausmaß findet. Das Gleiche kann für Historiker, vor allem Doktoranden gesagt werden, die dankbar sind, daß sie das Archiv und die Bibliothek des KZ-Museums für ihre wissenschaftliche Forschungsarbeit benutzen können.

Bei der letzten Zusammenkunft der Internationalen Museumskommission im Mai 1967 wurde einstimmig beschlossen, daß sich jedes einzelne Mitglied und die nochmals aufgeforderten Organisationen ernsthaft um die weitere Beschaffung von Material, insbesondere um Originale bemühen würden. Als Ergebnis kann folgendes festgestellt werden: Mit Ausnahme derjenigen, die ohnehin in der Vergangenheit nach Kräften zur Erneuerung des Bestandes beigetragen hatten, drei an der Zahl, hat niemand von sich hören lassen geschweige denn einen Beitrag geleistet.

Besonders erfreulich war der Beitrag von Dr. Musiol (Polen), der einen Mikrofilm des Dachau-Prozesses herstellen ließ. Über die Bedeutung dieser Prozeß-Protokolle braucht man kaum etwas zu sagen.

Der eingangs erwähnte Erwerb gänzlich unbekannter Fotomaterials ist einem Hinweis der Münchener Staatsanwaltschaft zu verdanken und dem anschließenden Entgegenkommen der Zentralstelle in Ludwigsburg. Nachdem der Internationale Suchdienst, Arolsen, um Unterstützung seiner Arbeiten für den neuen Katalog

gebeten hatte, wurde vom Museumsbüro – aufgrund der bisherigen in Arolsen bekannten Angaben zu allen Außenlagern Dachaus – eine umfangreiche Liste zusammengestellt und an mehr als 2000 ehemalige Dachauer verschickt mit der Bitte um ergänzende Angaben bzw. Richtigstellung. Insgesamt gingen 5 Antworten ein, davon waren 3 verwertbar.

7.

Zu den vordringlichsten Aufgaben gehören – außer der bereits erwähnten Herstellung des Filmes, der Bibliographie, der Bestandsliste des Archives – die Beschaffung der notwendigen Unterlagen zum Thema „Widerstand und Solidarität“. Bekanntlich wurde oft und heftig kritisiert, daß dieses Thema im Museum nicht gezeigt wird. Genau so oft wurden auf die Aufträge des Museumsbüros und der Museumskommission, diesbezügliches Material zu beschaffen, Zusagen gegeben.

Zweifellos ist dies keine einfache Aufgabe, doch ist bis heute, gerade von Seiten der strengen Kritiker, noch kein weiterer Beitrag zu diesem Komplex eingegangen.

8.

Die bisherige Erfahrung zeigt, daß vor allem die jugendlichen Besucher eine sachliche Dokumentation fordern. Sie sind nüchtern und interessiert und wollen sich dementsprechend informieren.

Das bedeutet eine Bestätigung der im Museum angewandten Art der Darstellung. Bis heute ist die hier ausgestellte Dokumentation die einzige ihrer Art in der Bundesrepublik. Noch vorhandene Unzulänglichkeiten müssen beseitigt und fehlende Dokumentation beschafft werden.

Das Archiv sollte daneben eine seriöse und übersichtliche Informationsmöglichkeit zur weiteren Erforschung der Geschichte des Konzentrationslagers Dachau und des damit zusammenhängenden Komplexes der Konzentrationslager bieten.



Dachau Symbol

des Kampfes aller überfallenen Nationen!

In seiner Sitzung vom 21. September 68 beschäftigte sich das Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau mit einer Reihe, z. T. grundsätzlicher Fragen, die im Zusammenhang mit der Einweihung sowohl Funktion und Aufgaben des Internationalen Dachau-Komitees (CID) in der Vergangenheit betrafen als auch Antwort auf die Frage erheischten, welche Aufgaben nunmehr auf das CID und die Lagergemeinschaften zukommen. Das Präsidium der deutschen Lagergemeinschaft faßte seine Auffassung wie folgt zu den einzelnen Fragen zusammen:

Zur Einweihung des Mahnmales

Es ist zweifellos ein Fortschritt in der Gestaltung und dem Ausbau des ehemaligen KZ Dachau zu einer Mahn- und Gedenkstätte, daß mit der Einweihung des Mahnmales zunächst eine Verpflichtung den Toten und Ermordeten gegenüber erfüllt wurde: die der Ehrung und des Gedenkens.

Am 29. 4. 45 ergab der Frühhappell – nach dem „Inmarschsetzen“ des ersten Transportes am 26. 4. 45 von rund 10.000 ehemaligen Häftlingen in Richtung „Alpenfestung“ noch die Zahl von 32.335. Es waren Kameradinnen und Kameraden aus fast allen europäischen Ländern, wobei die verschiedenen Nationen zahlenmäßig natürlich sehr unterschiedlich vertreten waren. Es galt also bei der Vorbereitung der Einweihung der Notwendigkeit Rechnung zu tragen, daß das Gedenken allen Toten, den Toten aller Nationen – entgegengebracht werden mußte. Das Blut, das von den SS-Bestien vergossen wurde, war Blut aus allen europäischen Ländern. Und dieses Blut band nicht nur die Kameraden aus Ost und West, aus Nord und Süd – es legte den Überlebenden auch bindende Verpflichtungen auf. Eine davon war die, daß das Gedenken, die Ehrung allen – ohne Unterschied – in gleicher Weise zuteil werden mußte.

Diese Verpflichtung wurde bei der Vorbereitung mißachtet.

Aus der „Einweihungsfeier“ wurde eine militärische Ceremonie, umrahmt von dem feierlichen Empfang von Persönlichkeiten und Repräsentanten einzelner Länder, sodaß bei vielen Teilnehmern der Eindruck entstand, als ob die Einweihung zu deren Ehrung benutzt wurde.

Ungeachtet der Tatsache, daß beim größten Teil des deutschen Volkes, besonders aber der überwiegenden Mehrheit der Jugend, gerade in Erinnerung an die jüngste deutsche Vergangenheit und an die blutigen Spuren, die der deutsche Kommiss- und SS-Stiefel in Europa hinterlassen hatte, ein starker gesunder Widerwille gegen alles militärische vorhanden ist, würde jeder deutsche Kamerad verstehen, wenn in überfallenen Ländern aus Anlaß von Ehrungen auch Mili-

tärkapellen und militärische Einheiten teilnehmen würden. Ja, sie würden es geradezu für selbstverständlich halten.

Wenn nun aber bei einer **internationalen** Einweihungs- und Gedenkfeier einzelne Länder die Absicht äußerten, Militärkapellen und -einheiten nach Dachau zu entsenden, dann hätte das Internationale Dachau-Komitee entsprechend seiner **internationalen Verpflichtung** eine einheitliche Regelung herbeiführen **müssen**. Das ist nicht geschehen. Auf der Sitzung des Exekutiv-Komitees im Januar 1968 war von den erwähnten Absichten noch keine Rede. Vom Exekutiv-Komitee wurde damals ein Büro gebildet, ein französischer Kamerad mit der Ausarbeitung eines Programmes für die Einweihungsfeierlichkeiten beauftragt, dieses sah aber keinerlei militärische Mitwirkung vor.

In eigener **Selbständigkeit** hat das „Büro“, ohne Befragung des Exekutiv-Komitees, der Teilnahme einiger westlicher Militärmusikkapellen und -Einheiten stattgegeben, obwohl es als Repräsentanz **aller** im CID vertretenen Länder verpflichtet gewesen wäre, eine **einheitliche** Regelung, ohne Diskriminierung eines einzigen Landes, herbeizuführen.

Eine solche Möglichkeit hätte es durch den Artikel 19 der am 7. 5. 66 beschlossenen Statutenänderungen gegeben, wonach die Generalversammlung die Mitglieder eines Kollegialpräsidiums wählt.

Die Mitglieder für dieses Kollegialpräsidium wurden aus allen Ländern benannt. Das Exekutiv-Komitee wäre also verpflichtet gewesen, durch dieses Kollegialpräsidium, eine **einheitliche** Regelung für alle Länder herbeizuführen.

Nach den inzwischen vorliegenden Äußerungen wäre das, bei rechtzeitiger Klärung, absolut möglich gewesen.

Das ist also nicht geschehen. Diese Tatsache kann auch nicht dadurch abgeschwächt werden, daß vom CID nach Bekanntwerden der Absichten aus Belgien und Frankreich **nachträglich** den anderen Ländern empfohlen wurde, in „ihnen geeignet erscheinender Weise“ sich an der Einweihung zu beteiligen.

Dachau ruft aber auch zum Kampf!

War, wie schon erwähnt, die Art der Einweihung sicherlich nicht Ausdruck des Auftrages der Toten und Ermordeten vom Krematorium, vom Schießstand und vom Leitenberg, so ging die ganze Einweihungsfeier völlig an einem weiteren Auftrag des Vermächtnisses vorbei, daß das KZ Dachau auch eine **Kampfstätte** war. Die, die hier in Dachau von der SS zusammengetrieben waren, waren kein zum Abschlachten bestimmtes willenloses Vieh. Es waren Kameraden, die aus politischen, weltanschaulichen, religiösen und nationalen Gründen Widerstand geleistet hatten und deswegen nach Dachau verschleppt waren. Und ihr Widerstand war mit dem Stacheldraht nicht abgeschlossen. Er ging weiter. Niemand von den Außenstehenden oder jenen, die nur kurz im Lager waren, kann ermessen, mit welchen Mitteln, in welcher vielfältiger Art, wo und in welcher auch internationaler Gemeinschaft Widerstand geleistet wurde. Es sind weithin leuchtende Blätter eines heroischen Kampfes, der unter täglichem Einsatz des eigenen Lebens geführt wurde und über den das Buch für die Jugend noch geschrieben werden muß.

Aber dieser Widerstandskampf im KZ Dachau wurde kaum bei der Einweihungsfeier erwähnt. Im Mahnmal, das von einem jugoslawischen Künstler entwor-

fen und in seiner **künstlerischen** Gestaltung Anerkennung verdient, ist von dem Widerstandskampf nicht ein einziges Motiv dargestellt. In den KZ gab es eben nicht nur Leiden, in den KZ wurde um des Lebens und Überlebens willen ein heroischer Kampf geführt, ein Widerstandskampf, der im KZ Dachau – um nur zwei Beispiele zu nennen – die Ingangsetzung der Gaskammer verhinderte und schließlich die Befreiung der 33.000 (Franzosen, Russen, Belgier, Polen, Holländer, Rumänen, Italiener, Engländer, Jugoslawen, Dänen, Luxemburger und neben vielen anderen auch der Deutschen) herbeiführte.

Warum hat man es unterlassen, diesen anderen Auftrag, den uns die Toten als Vermächtnis hinterlassen haben, den ihm gebührenden Platz einzuräumen?

Es ist ein unverständlicher und nicht zu verantwortender Zustand, daß bisher auch im Museum – trotz aller Möglichkeiten bildlicher, schriftlicher und plastischer Darstellung – über den Widerstand im Lager nicht eine einzige Wiedergabe vorhanden ist. Es wirft sich die sehr berechtigte Frage auf, aus welchen Gründen die Darstellung des Widerstandes unterblieben ist.

Dachau muß vor neuen Gefahren warnen

Während bei der Einweihung Minister Dr. Hundhammer noch den Versuch machte, aus seinen eigenen Erfahrungen auf die Verantwortlichen für Dachau hinzuweisen, enthielt die Rede des Präsidenten des CID hierüber kein Wort. Als Begründung hierfür kann auch nicht angeführt werden, daß man sich nicht in innere deutsche Verhältnisse einmischen könne. Ein solcher „Grund“ entbehrt jeglicher Berechtigung. Hitler-Deutschland überfiel doch die anderen Länder, mordete, raubte, plünderte. Überfiel Polen, und Tschechoslowakei, Rußland, Frankreich, überfiel und verwüstete fast ganz Europa. Und das geschah nicht nur einmal.

Schon mit dem ersten Weltkrieg 1914–18 versuchten die in Deutschland herrschenden Kreise den „Griff nach der Weltmacht“.

Wenn also ein solches Land Ausgangspunkt zweier Kriege war, dann ist – im Interesse des Friedens und der Sicherheit – jedes Land verpflichtet, die Vorgänge in einem solchen Land genauestens zu verfolgen und – wenn Gefahr droht – einzuschreiten.

Niemand wird leugnen können, daß aus der Bundesrepublik sehr ernste Gefahren für unsere Nachbarländer drohen. An anderer Stelle unseres Mitteilungsblattes sind Fakten über die gefährliche Rolle des Neonazismus und Revanchismus und das Tätigwerden der „Fünften Kolonne“ aufgezeigt.

Unter diesen Umständen hätte in den Ansprachen eine sehr deutliche und konkrete Warnung – vor allen Dingen auch an unsere ausländischen Kameraden – ausgehen müssen, damit sie nicht eines Tages „überrascht“ werden. Und gerade deswegen wird es eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Lagergemeinschaft sein, endlich und ständig das Material über Neonazismus und Revanchismus in der Bundesrepublik zusammenzutragen und den ausländischen Kameraden zugänglich zu machen. Das wird helfen, daß auch bei ihnen klar wird, daß die Toten und Ermordeten für **alle** einen Auftrag hinterlassen haben.

Das Vermächtnis in die Hände der Jugend legen!

Die Überlebenden haben den Auftrag, die Lehren und Erfahrungen aus Dachau und alle mit dem Lager zu-

sammenhängende Fragen jenen zu übermitteln, die das Erbe zur Erfüllung aus unseren Händen nehmen müssen. Offensichtlich haben die Verantwortlichen im CID nicht begriffen, daß Dachau nicht nur ein „in memoriam“ sein darf. Wäre es so, dann hätten Museum und Mahnmal nach Ablauf einer Generation nur noch Archivwert. Dachau ist aber ein Kampfauftrag. Dachau soll nicht nur warnen vor einer Wiederkehr von Nazismus und Revanchismus, Dachau soll nicht nur warnen vor dem deutschen Militarismus, – Dachau muß mit all seinen Erfahrungen und Lehren in das Bewußtsein aller kommenden Generationen eingehen; Dachau muß zum Leit-Ordner demokratischen Bewußtseins und demokratischen Handelns werden. Das aber ist der Auftrag an die Jugend.

Es ist geradezu unverständlich, daß das CID – die hierfür Verantwortlichen – den Vorschlag des bayrischen Jugendringes, sich an der Gestaltung der Einweihungsfeier vorbereitend und auch rednerisch zu beteiligen – natürlich auch mit der Bedingung, daß keine militärische Ceremonie daraus gemacht wird – ablehnten. Das „Büro“ des CID hatte für eine solche Entscheidung keinerlei Befugnis. Und es hätte sich über die Folgen einer solchen Haltung – die allgemeine deutsche Haltung zu solchen militärischen „Ceremonien“ wurde bereits erwähnt, – klar sein müssen. Das offizielle Fernbleiben der Jugendorganisationen und die Proteste während der Einweihung hätten auch den ausländischen Kameraden deutlich machen müssen, daß die Jugend von Dachau eine Kampfansage erwartete.

Hier liegen jetzt die Aufgaben des CID und der ihr angeschlossenen Lagergemeinschaften.

Es war ein sicherlich sehr ernster Fehler, daß man bzw. daß sich das CID fast ausschließlich nur als ein Instrumentarium für die Errichtung des Museum und den Ausbau der Gedenkstätte betrachtete. Der wirkliche Auftrag von Dachau, seine Vergangenheit, seine Aussage und sein Vermächtnis der jungen Generation nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Europa zu vermitteln, fand kaum Beachtung. Hier liegen die wirklichen Aufgaben des CID.

Die Statuten des CID

müssen nunmehr in der Generalversammlung des CID, die voraussichtlich im Mai 1969 stattfinden wird, entsprechend den neuen Aufgaben und zur Verhinderung von Fehlentscheidungen geändert werden. Das Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau brachte in seiner Beratung zum Ausdruck, daß die Lehren aus der Einweihungsfeier, die Mißachtung internationaler Verpflichtungen und statutenmäßig nicht fundierte Entscheidungen Statutenänderungen in der Richtung notwendig machen, daß

1. die Generalversammlung des CID nur alle 2 oder 3 Jahre zusammentritt um die grundsätzlichen Aufgaben für die jeweils nächste Periode festzulegen. Jedes Land hat für die Generalversammlung zwei stimmberechtigte Delegierte,
2. daß das Kollegialpräsidium mindestens einmal jährlich zusammentritt, um die für das anfallende Jahr zu erfüllenden Aufgaben zu bestimmen, wobei in dringenden Fällen oder auf Antrag von mindestens 1/3 der Präsidiumsmitglieder eine Sitzung des Kollegialpräsidiums einzuberufen ist,
3. daß ein Executiv-Komitee oder Sekretariat ausschließlich ein **ausführendes** Organ der Generalversammlung oder des Kollegialpräsidiums ist. Es

- ist der Generalversammlung bzw. dem Kollegialpräsidium rechenschaftspflichtig,
4. daß der Präsident und der Generalsekretär, die von der Generalversammlung bzw. von dem Kollegialpräsidium zu wählen sind, ausschließlich nur Repräsentanz- bzw. Executiv-Funktionen haben,
 5. daß im Kollegialpräsidium jedes im CID vertretene Land einen (von jedem Land zu bestimmenden und auswechselbaren) stimmberechtigten Vertreter hat und
 6. daß im Hinblick auf die Notwendigkeit wirklicher internationaler Verpflichtung das Executiv-Komitee bzw. Sekretariat in seiner Zusammensetzung dieser Forderung Rechnung trägt.

Es ist natürlich, daß über die konkreten Änderungsvorschläge auch die Lagergemeinschaft Dachau in ihrer Generalversammlung – die Anfang 1969 stattfinden soll – berät. Hier wird dann auch über die allgemeine Linie und die Aufgaben der Lagergemeinschaft und des CID zu sprechen sein.

OM.

Sekretär (George Walraeve, Brüssel) hätten veranlassen müssen, sofort die Vertreter aller Nationen (nach den Statuten gibt es ein Präsidialkollegium, in dem alle Nationen vertreten sind) zusammenzurufen, um eine einheitliche Repräsentanz aller Nationen zu erreichen bzw. dahin zu wirken, daß von einer militärischen Zeremonie in Dachau generell abgesehen werde. Dieser Verpflichtung ist das Brüsseler Büro nicht nachgekommen, und es wurde ganz deutlich in der Generalversammlung der Verdacht ausgesprochen, daß hier eine Art NATO-Demonstration bezweckt worden sei.

Natürlich könne niemand eine Einladung von Repräsentanten der Nationen, von denen Angehörige in Dachau inhaftiert waren, bzw. umgebracht wurden, ablehnen. Aber die Art ihres Empfanges und ihrer Begrüßung, in Verbindung mit der Anwesenheit von Militärkapellen und militärischen Einheiten, hat die eigentliche Aufgabe und Verpflichtung, der Toten zu gedenken, und diese Einweihungsfeier zu einem Mahnruf gegen neue Gefahren zu gestalten, völlig überlagert.



Das CID muß seiner wirklichen Aufgabe zugeführt werden

Im Anschluß an die Einweihung des Mahnmals am 8. 9. fand am darauffolgenden Tag, dem 9. 9., die Generalversammlung des Internationalen Dachau-Komitees (CID) statt. Das Kriterium eines Berichtes hierüber kann nicht sein, eine chronologische Darstellung der Abwicklung der Tagesordnung zu geben, sondern die entscheidenden Gesichtspunkte herauszuarbeiten, die den Inhalt dieser Tagung bestimmten. In einer allgemeinen Übersicht gab der Präsident des CID, der belgische General de Medicin, Dr. A. Guerisse, Brüssel, eine Information über die Tätigkeit des CID, vor allen Dingen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Einweihung des Mahnmals. Hierbei ging er auch auf die sehr kritischen Einwände ein, die insbesondere von deutscher Seite gegen die Teilnahme von militärischen Formationen erhoben worden waren. Dabei wurde von deutschen Kameraden darauf hingewiesen, daß das Brüsseler Büro des CID seine Kompetenzen weit überschritten und schwer gegen seine internationalen Verpflichtungen verstoßen habe. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Vorschlag von Belgien und Frankreich, mit Militärkapellen und militärischen Einheiten an der Feier teilzunehmen, sowohl den Präsidenten wie den General-

Unter diesen Umständen war es nur allzu verständlich, daß Jugendgruppen gegen diese Art der Einweihung protestierten.

In seinen Ausführungen ging Dr. Guerisse auch auf die Ablehnung des Bayerischen Jugendringes zur Teilnahme an der Einweihungsfeier ein. Er erklärte, daß – ohne Beschluß des Exekutiv-Komitees – das CID deswegen die Teilnahme abgelehnt habe, weil der Bayerische Jugendring sowohl in der Vorbereitung ein Mitspracherecht als auch durch die Gestellung eines Jugendsprechers eine Mitwirkung verlangt habe, die das CID ablehnen mußte. In seiner Bezugnahme auf das entsprechende Schreiben des Bayerischen Jugendringes unterließ aber der Präsident des CID einen Hinweis auf jene Stelle des Briefes, wonach der Bayerische Jugendring bei einer Beteiligung von militärischen Kapellen und Einheiten eine Beteiligung ablehnen müsse. Von deutscher Seite wurde sofort die Frage gestellt, warum Dr. Guerisse diesen Punkt verschwiegen habe.

Das Verhalten des Brüsseler Büros in dieser so außerordentlich wichtigen Frage stieß auf entschiedenen Widerspruch in der Generalversammlung, dies umso mehr, und das wurde sehr stark von deutscher Seite unterstrichen, als niemand anders das Vermächtnis der Toten von Dachau weitertragen und realisieren könne als gerade die Jugend. Hierbei wurde noch be-

sonders darauf hingewiesen, daß offensichtlich in der Vergangenheit das CID ausschließlich darauf orientiert gewesen sei, Museum und Mahnmal zu errichten, daß aber der Auftrag der Ermordeten, gegen eine neue und sehr bedrohliche Gefahr zu kämpfen, völlig vernachlässigt worden sei. Gerade hierüber habe man in den Ausführungen und Ansprachen nichts gehört. Guerisse nahm auch die internationale Kundgebung am 23. Juni im Lager zum Anlaß, gewisse „Eigentumsrechte“ für das CID in Anspruch zu nehmen. Eine solche Auffassung entbehrt nicht nur jeglicher Rechts- und tatsächlicher Grundlage, man müsse im Gegenteil sogar begrüßen, wenn Menschen, Gruppen und Organisationen aus allen Ländern, vor allen Dingen die Jugend, nach Dachau kämen, um hier einen Anschauungsunterricht über das Wirken des deutschen Nazismus und Militarismus zu bekommen.

Eine sehr scharfe Auseinandersetzung gab es noch über das Verhalten von Dr. Guerisse und einem ausländischen Delegierten, als sie am Sonntag, dem 8. September, nachmittag bei dem gemeinsamen Mittagessen ein von der Jugend aufgehängtes Plakat,



das sich gegen Neonazismus und NATO wandte, eigenhändig heruntergerissen. Es wurde erneut darauf hingewiesen, daß der bewußte Teil der Jugend in der Bundesrepublik antimilitaristisch eingestellt sei und einen entschiedenen Kampf gegen den Neonazismus führe.

Im Verlauf seines weiteren Berichtes behandelte Dr. Guerisse auch die weitere Entwicklung des Museums. Eine besondere Kommission machte der Generalversammlung nach der Mittagspause entsprechende Vorschläge und teilte mit, daß eine spezielle Kommission aus drei Mitgliedern gebildet worden sei, die Vorschläge für die weitere Gestaltung machen solle. Hierbei wurde von deutscher Seite darauf hingewiesen, daß trotz wiederholter Vorschläge im Museum weder in bildlicher noch textlicher oder grafischer Sprache Fakten des Widerstandes dargestellt worden sind und daß dies unter allen Umständen nachgeholt werden müsse, wenn das Museum seiner Aufgabe gerecht werden wolle.

Bezüglich des jetzt in französischer Sprache vorliegenden Bandes über die „Geschichte des KZ Dachau“ wurde, da eine deutsche Übersetzung noch nicht vor-

liegt, der Hinweis gemacht, daß eine deutsche Übersetzung nur dann in Frage kommen könne, wenn die „Geschichte des Lagers Dachau“ eine klare Aussage zu der Frage mache, wie es zu Dachau (und den KZ überhaupt) gekommen sei, wer die Verantwortung hierfür trage, welche Funktion des KZ im Terrorregime des Nationalsozialismus gehabt hätten und vor allen Dingen, wenn die „Geschichte“ eine umfassende Aussage über den Widerstand in seinen vielfältigen Formen und Verbindungen mache. Andernfalls wäre die deutsche Lagergemeinschaft gezwungen, eine eigene Darstellung zu geben, wobei die vorerwähnten Punkte eine besondere Berücksichtigung erfahren müßten.

Aus dem Verlauf und der Haltung insbesondere von ausländischen Delegierten ergibt sich, daß die deutsche Lagergemeinschaft verpflichtet ist, die ausländischen Kameraden und Organisationen ständig und sehr konkret über die Entwicklung des Neonazismus, Revanchismus und Militarismus in der Bundesrepublik zu informieren. Nur wenn die ausländischen Kameraden wissen, woher die wirkliche Gefahr droht, werden sie in der Lage sein, gemeinsam den Kampf dagegen aufzunehmen.

Aufgrund der Kritik an der bisherigen Rolle des CID und der Notwendigkeit, daß das Vermächtnis von Dachau in all seinen Beziehungen (wie kam es zu Dachau, Dachau als Teil des NS-Terrorregimes, die Opfer von Dachau – getrennt nach Nationen, Berufen, Bekenntnissen, Alter, Männer und Frauen –, Widerstand und Solidarität, Befreiung usw.) der Jugend in ganz Europa übermittelt wird, wurde eine Kommission eingesetzt, unter Vorsitz eines französischen Kameraden, die konkrete Vorschläge für die neuen Aufgaben des CID ausarbeiten und der nächsten Generalversammlung, die voraussichtlich im Mai 1969 stattfindet, unterbreiten wird.

Aus diesem Grunde werden die Statuten abgeändert werden müssen, und die Statutenänderung wird sich nicht nur auf die Frage der Aufgaben beziehen dürfen; die Statutenänderung wird sich, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, mit der Neufestlegung der Organe des CID und der entsprechenden Befugnisse beschäftigen müssen, damit eine Wiederholung der Fehler, von denen auch Dr. Guerisse selbst sprach, vermieden wird.

Zum Abschluß hatte ein jugoslawischer Delegierter den Versuch gemacht, das CID zu einer Stellungnahme in der Angelegenheit der Intervention der Warschauer Paktstaaten in der CSSR zu veranlassen. Mit dem nachdrücklichen Hinweis von deutscher Seite darauf, daß eine solche Absicht nur zu einer schweren Belastung für das CID führen könne, daß es aber jeder nationalen Organisation überlassen sei, eine eigene Stellungnahme in ihrem Lande abzugeben, wurde eine Stellungnahme abgelehnt.

Die vorgesehene Neuwahl des Executiv-Komitees konnte im Zuge der drängenden Zeit und der vielfältigen Diskussion nicht mehr durchgeführt werden. Generell werden die Neuwahlen nach Änderung der Statuten im Mai für alle Organe durchgeführt werden müssen. Die Generalversammlung wählte noch eine Kommission für die Verhandlungen mit den Jugendorganisationen und schließlich wurde von französischer Seite noch mitgeteilt, daß im Interesse des Schutzes des Lagers und der Innehaltung der Vereinbarungen abwechselnd jede Nation durch einen Delegierten die Kontrolle über die Vereinbarungen übernehmen soll. Frankreich hat für dieses Jahr als erste Nation diese Aufgabe übernommen.

menschen

SEID WACHSAM!

(Julius Fučík vor seiner Hinrichtung)

Die deutschen Widerstandskämpfer haben die Verpflichtung, die Widerstandskämpfer Europas vor neuen drohenden Gefahren zu warnen und jenen die Augen zu öffnen, die eine teuflische Propaganda nicht zu durchschauen vermögen.

So werden wir laufend Fakten über den Neonazismus, Revanchismus und Militarismus in der Bundesrepublik veröffentlichen.

Im Verlauf eines Menschenalters führte Deutschland zwei Kriege.

1914—1918

In seinem Buch „Griff nach der Weltmacht“ wies der Hamburger Historiker Prof. Dr. Fischer nach, daß die kaiserliche Regierung unter dem Reichskanzler Bethmann-Hollweg „die deutsche Vorherrschaft in Europa“ wollte. Sechs Wochen nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914) stellte Bethmann-Hollweg ein Kriegszielprogramm auf, nach dessen Verwirklichung die europäischen Staaten der militärischen und wirtschaftlichen Führung Großdeutschlands unterworfen gewesen wären.

1939—1945

Hitler 1933: Heute werde ich nur von der nüchternen Erkenntnis geleitet, daß man verlorenen Gebiete nicht durch die Zungenfertigkeit geschliffener parlamentarischer Mäuler zurückgewinnt, sondern durch ein geschliffenes Schwert zu erobern hat, also durch blutigen Kampf.“

(Walter Tormin: „Die Jahre 1933—1934“, Verlag für Literatur und Zeitgeschichte, Hannover, S. 10).

„Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken... Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein...“

(Adolf Hitler: „Mein Kampf“, S. 741).

Der erste Weltkrieg forderte 5 Millionen Opfer!

Der verbrecherische Überfall Hitlers und seiner Komplizen auf die Welt forderte 55 Mill. Opfer! 20 Millionen verlor allein die Sowjetunion.

Darunter waren 3,3 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, die durch Erschießen, Erschlagen, Verhungernlassen, umgebracht worden sind.

„Die Gesamtbilanz von über 3,3 Millionen Todesopfern dürfte eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt worden sein...“

(Der Historiker Dr. Hans-Adolf Jacobsen von der Universität Bonn in seinem Sachverständigen-Gutachten für den Auschwitz-Prozeß am 14. 8. 64, „Anatomie des SS-Staates“ Band 2, dtv-Verlag S. 165)

Wie Kriege ausgelöst werden!

Bethmann-Hollweg, der Reichskanzler des Kaiserreiches, verlangte zur Auslösung des ersten Weltkrieges, daß die österreichische Regierung Serbien ein für dieses Land unannehmbares Ultimatum stellte. Damit wurde der erwünschte erste Weltkrieg provoziert.

Hitler bediente sich zur Vorbereitung seiner Raubkriege seiner „Fünften Kolonne“.

Mit Hilfe seiner „Fünften Kolonne“ in der Tschechoslowakei, der „Henlein-Partei“ ließ er Unruhen und Überfälle organisieren, um dann auf die bestellten „Hilferufe“, nachdem am 29. 9. 38 die Abtretung des Sudetenlandes von Hitler bereits erpreßt war, am 15. 3. 39 die restliche Tschechoslowakei militärisch zu besetzen.

Damit hatte sich Hitler die strategische Ausgangsposition für seinen Krieg gegen den Osten geschaffen. In gleicher Weise arbeitete seine „Fünfte Kolonne“ in Polen. Täglich ließ er vor dem 1. 9. 39 Greuermeldungen über Überfälle in der Presse veröffentlichen. Um Anlaß für seinen längst geplanten Überfall zu schaffen, ließ er am 31. 8. 39 Häftlinge aus einem Konzentrationslager in polnische Uniformen stecken, mit polnischen Ausweisen versehen, dann erschießen und an der polnisch-oberschlesischen Grenze niederlegen. Mit der Behauptung, daß Polen Deutschland angegriffen habe, ließ er am 1. 9. 39 seine Armeen in Polen einmarschieren.

Die Brandfackel des Weltkrieges war angezündet.

Der Kurs auf einen neuen Krieg!

Die Kreise nun, die den ersten Weltkrieg verschuldeten und verloren, die Kreise aus Industrie und Großgrundbesitz, die mit Hitler den zweiten Weltkrieg verschuldeten — und verloren — erstreben Revanche!

Als Folge des Hitlerkrieges und des Auseinanderbrechens der Anti-Hitler-Koalition sind Deutschland und Europa gespalten. Militärisch drückt sich das in der Existenz zweier Blöcke, der NATO und des Warschauer Paktes, aus.

Eine Änderung dieses Zustandes, des „**Status quo**“, ist, sofern nicht nach der Herstellung einer atomwaffenfreien Zone und gemeinsamer Abrüstungsmaßnahmen in West und Ost eine **friedliche** Änderung herbeigeführt werden kann, **nur mit militärischen** Mitteln, also eines **Krieges** möglich.

Da man z. Zt. einen Krieg noch nicht riskieren kann, geht man andere Wege, um den „Status quo“, also die Machtverhältnisse in Europa, zu verändern.

Hier wird nun sichtbar, was unter „Entspannungspolitik“ und „neuer Ostpolitik“ zu verstehen ist:

„Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik will auf der anderen Seite gerade die Blockruhe stören. Die Ostpolitik der Großen Koalition ist darauf gerichtet, die erstarrten europäischen Fronten in Bewegung zu bringen...“

„zumal der Anspruch auf Wiedervereinigung zusätzlich expansive Züge in die Bonner Politik bringt. So erzeugt die Bonner Entspannungspolitik notwendig neue Spannungen“

(„Der Spiegel“ Nr. 38 v. 16. 9. , S. 30)

Kanzler Kiesinger in einem Rundfunkinterview:

„Die Sowjetunion will mindestens den „Status quo“ in Europa erhalten. Wir müssen den „Status quo“ zu ändern versuchen, denn nur dann erreichen wir die Wiedervereinigung unseres Volkes.“ („Der Spiegel“ Nr. 38 v. 16. 9., S. 30)

Aber will Dr. Kiesinger nur die Wiedervereinigung?

„Das Abendland zu kräftigen, seine geraubten deutschen, slowakischen, madjarischen und rumänischen Gebiete zurückzugewinnen durch friedliche Ausnutzung jeglicher politischen Möglichkeit, heißt tatsächlich das Ziel, wofür wir kämpfen müssen.“

(„Südostdeutsche Vierteljahresblätter“ 1966 '1, Organ des „Südostdeutschen Kulturwerkes“).

Dr. Kiesinger hatte in der „Hohen Schule“ des Dr. Goebbels gelernt. Er war vom 1. Mai 1933 bis zum Ende des „Dritten Reiches“ Mitglied der NSDAP unter der Nr. 2633930 und avancierte am 25. 2. 1942 zum **ständigen Verbindungsmann zwischen Ribbentrop und Goebbels**. Schon 1941 wird Dr. Kiesinger Mitglied des Aufsichtsrates einer von Goebbels und Ribbentrop gegründeten Rundfunkgesellschaft, die der nazistischen Kriegspropaganda im Ausland diente.

Hitler hatte nach der Machtergreifung keinen Hehl daraus gemacht, daß er nur deswegen so oft vom Frieden gesprochen habe, um die Massen zu täuschen und hinter diesem Friedensgerede aufrüsten zu können.

Dr. Kiesinger:

„Wer um des lieben Friedens willen Entspannung so auffaßt, daß es eben nun mal beim „Status quo“ bleiben soll, der hat unsere Entspannungspolitik freilich nicht begriffen“.

(Rede vor der Handwerkskammer München am 10. 3. 67, lt. Bulletin der Bundesregierung).

Der persönliche Berater des Bundeskanzlers:

„Ich zögere nicht zu sagen, daß es eine deutsche Mitverantwortung für Osteuropa gibt... Niemand soll glauben, daß sich die deutsche Freiheit ohne grundlegende Änderung der Verhältnisse in Osteuropa wieder herstellen ließe.“

(**Freiherr von und zu Guttenberg**, parlamentarischer Staatssekretär des Bundeskanzlers in seinem Buch: „Wenn der Westen will“, S. 217).

Das haben wir schon einmal erlebt!

In der Zeitschrift „Außenpolitik“, Stuttgart 13, Jahrgang 11 vom November 1962 entwickelte Franz Josef Strauß die Absichten der Revanchisten, ihre Taktik und Methoden:

„Unser Gedankengut ist in das öffentliche Leben der kommunistischen Staaten mit allen Mitteln der modernen Propaganda auf psychologisch geschickte Weise einzuschleusen. Unter Ausnutzung nationaler Verschiedenheiten, religiöser Überlieferungen, auch menschlicher Schwächen wie der Neugier, der weiblichen Eitelkeit, der Sehnsucht nach Vergnügen, ist die Indifferenz zu den Zielen der kommunistischen Staatsführung zu fördern. Wirtschaftliche, moralische und andere Mißstände, die für die kommunistische Staatsführung typisch sind, sind schonungslos aufzuzeigen mit dem Ziel,

die Bevölkerung bis zum passiven Widerstand („Arbeite langsam“) und zur Sabotage zu bringen. Geht dann der kommunistische Staat gegen einzelne Abtrünnige vor, so sind seine Maßnahmen, die als ungerecht erscheinen, möglichst allgemein bekanntzumachen, damit Mitleid und neue Abneigung gegen das kommunistische System erweckt werden. Zu den geistig Schaffenden eines kommunistischen Staates ist auf Kongressen, auf Reisen usw. Verbindung aufzunehmen. Diskussionen sind nicht zu scheuen.

Der Postverkehr und der kulturelle Austausch sind zu fördern, da der Westen hoffen kann, daß besonders die Jugend in vielen kommunistischen Staaten durch das bloße Kennenlernen ihrer Umwelt und durch die Möglichkeit kritischen Vergleichs den Idealen ihrer Staatsführung entfremdet wird, die in der Abschließung am besten existieren. Die Menschen in den kommunistischen Staaten werden auf diese Weise zu bewußten oder unbewußten Trägern westlicher Ideen, es wird das Gefühl allgemeinen Unbehagens geschaffen, das Voraussetzung ist für die – sich ohne Gewaltanwendung abwickelnde – innere Veränderung und Umwälzung in diesen Staatswesen. Durch pausenlose, den Gegner ermüdende Arbeit sind diese natürlichen Entwicklungen zu beschleunigen.“

Diese Anweisung für die Einmischung der deutschen Nazi und Revanchisten, die schon so viel Unheil über die Welt brachten, in die innere Angelegenheit anderer Länder bedarf wohl keiner Erläuterung.

EINE Linie: Wer ist die NPD, was will sie?

Trotz der Tarnung als „demokratische“ Partei steht fest, daß Ziele und grundsätzliche Programmpunkte von NSDAP und NPD übereinstimmen. Das Hamburgische Oberlandesgericht bescheinigt,

„die NPD sei mit den Nationalsozialisten vergleichbar, sie sei ein Sammelsurium alter Nazis, eine Nachfolgeorganisation der NSDAP usw.“ (Gerichtsentscheidungen, kommentiert in „Die Welt“ vom 5. 8. 66 und 21. 2. 67)

Verschiedene Anträge von Gewerkschaften und Verfolgtenorganisationen, die NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP gemäß internationaler Rechtsverpflichtung als aufgelöst zu erklären, wurden von der Bundesregierung abgelehnt.

Die Funktion der NPD ist praktisch dieselbe wie früher die der NSDAP. Sie soll das Sammelbecken aller unzufriedenen und verhetzten Elemente sein und im gegebenen Augenblick zur Vernichtung der Demokratie und der Vorbereitung eines neuen „Marsches über Europa“ eingesetzt werden.

1928, also vor der Wirtschaftskrise, hatte die **NSDAP** in ganz Deutschland nur 830 000 Stimmen, das sind etwa 2%.

1930, also nur 2 Jahre später, hatte sie bereits 6 379 672 Stimmen.

1968, nach 8 Landtagswahlen hatte die **NPD** im Gebiet der Bundesrepublik bereits rund 2 000 000 Stimmen und erzielte im Lande Baden-Württemberg schon 9,8% aller Stimmen. Wesentlich ist die von Soziologen gemachte Feststellung, daß **Angehörige der Bundeswehr** – Berufssoldaten – besonders stark in der NPD organisiert sind. Ihr Anteil ist zehnmals stärker als der jeder anderen Berufsschicht.

Eine Untersuchung über die frühere Zugehörigkeit zur NSDAP ergab, daß 35% aller NPD-Mitglieder früher der NSDAP angehörten. Bei den **Orts- und Kreisfunktionären** steigt dieser Anteil schon auf 46%, bei **Bezirksfunktionären** auf 61% und bei **Funktionären** im Bundesmaßstab auf 76%!

Einige Propagandaprosen dieser neonazistischen Partei:

„Verbrechen im nationalsozialistischen Deutschland hat es nicht gegeben. Diese Verleumdungen sind nur eine Propaganda des internationalen Judentums und der Judenpresse.“

(Josef Truxa, Kreisvorsitzender München 18. 6. 65)

„Emigranten und Widerstandskämpfer sind Landesverräter. Sie haben in der Stunde der Not das Vaterland verraten und mit den Feinden Deutschlands zusammengearbeitet, sie haben sich ihrer nationalen Pflicht entzogen. Dafür gehörten sie vor Gericht gestellt.“

(Hans Woschiedler, 17. 5. 65 München)

Ihre außenpolitischen Ziele!

Nachfolgend Auszüge aus dem Programm der NPD:

„Unser Volk hat das Recht, sein Schicksal nach eigenem Willen zu bestimmen.“

„Der Raub uralten deutschen Volksbodens und die Teilung Deutschlands sind Teile einer Gewaltaktion. Jeder heute ausgesprochene Verzicht verrät die Interessen des deutschen Volkes und führt zur Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands.“

„Der Anspruch auf das Sudetenland darf durch niemand, keine Regierung und keine Partei aufgegeben werden.“

Wie sich die Führer der NDP die **Verwirklichung** ihrer außenpolitischen Ziele vorstellen, zeigt folgender militärischer Programmpunkt:

„Selbständige militärische Sicherung der europäischen Existenz ist Voraussetzung für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands und die Überwindung der europäischen Spaltung.“

Ihre **Absichten** sind klar:

„Völlig zu Recht geht die UdSSR davon aus, daß speziell bei den maßgeblichen politischen Kräften in der Bundesrepublik die Ansicht vorherrscht, durch politisch-ökonomische Einbrüche in den Bereich des Warschauer Paktes langfristig auch die militärische Machtverteilung zu ihren Gunsten zu verändern und die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren.“

„Schließlich war auch mit Sicherheit zu erwarten, daß politische Kräfte innerhalb der NATO, vor allem in der Bundesrepublik, jede Reformbewegung in der CSSR zu dem Versuch nutzen würden, diesen Staat auf längere Sicht aus dem Warschauer Pakt herauszubrechen und auf diese Weise den „Status quo“ in Europa zu ihren Gunsten zu verändern.“

(Dr. Arno Klönne in „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Heft 9/68 S. 908/911)

Die Rolle der neuen „Fünften Kolonne“

Die Landsmannschaften!

Wie die Führer der NSDAP, so tragen auch die Führer der Sudetendeutschen Partei, der Henlein-Partei, die volle Schuld für die Konsequenzen, die sich

aus den Verbrechen des Nationalsozialismus ergaben.

In der Bundesrepublik Deutschland organisierten die Führer der Henlein-Partei die sogenannte „Sudetendeutsche Landsmannschaft“, deren ausgesprochenes Ziel es ist, durch ununterbrochenes Trommeln die „Rückgliederung“ des Sudetenlandes in die Bundesrepublik zu fordern und die Jugend für einen „neuen Marsch“ reif zu machen.

Die eigentliche politisch-ideologische Führung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ liegt in den Händen des „Witikobundes“, dem neben bekannten NSDAP- und SS-Führer auch Führer der NPD angehören.

Genannt seien Franz Karmasin, ehemals „Stellvertreter des Führers“ und Staatssekretär in der faschistischen Tiso-Regierung, wegen Kriegsverbrechens zum Tode verurteilt. Seine Auslieferung wurde schon wiederholt von der Tschechoslowakei gefordert. Dr. Walter B e c h e r, ehemals Redakteur des Nazi-Gauorgans „Die Zeit“, jetzt Bundestagsabgeordneter der CSU und Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Friedrich B r e h m, ehemals SS-Obersturmbannführer und Hauptabteilungsleiter im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS.

Prof. Dr. Ernst A n r i c h, ehemals führender NSDAP-Ideologe im Elsaß, jetzt Mitglied des Parteivorstandes der NPD.

Seit Jahren hetzen die Führer des „Witikobundes“ und der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ gegen die Tschechoslowakei. Was sie in der Nazizeit unter Hitler und Henlein gelernt hatten, glaubten sie jetzt, als in der CSSR notwendige Schlußfolgerungen zur Überwindung begangener Fehler der Vergangenheit bezogen wurden, diese Situation für sich ausnutzen zu können. Wieder wirkten sie als „Fünfte Kolonne“. Was sie bezwecken, sagen sie unmißverständlich. So heißt es in der vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen finanzierten Wochenzeitung „Ost-West-Kurier“ vom 13. 4. 68:

„Gar mancher scheint geneigt, die Ereignisse in der Tschechoslowakei oder gar in Polen als den Ausbruch eines politischen Frühlings zu werten... Doch bei einer sehr genauen Betrachtung wird man feststellen müssen, daß man von einer echten Kursänderung noch sehr weit entfernt ist und niemand sollte glauben, daß ein Auswechseln der Personen auch bereits die Aufgabe der kommunistischen Doktrin bedeutet.“

Dieselbe Zeitung schreibt am 4. 5. 68:

„So oder so hat die Entwicklung in der Tschechoslowakei für Ost und West eine wichtige Erkenntnis gebracht: Der Sturz einer Diktatur von innen heraus ist möglich.“

Und nur so kann man auch das Wort des Vorsitzenden der sudetendeutschen Seliger-Gemeinde vom 7. 5. 68 verstehen:

„Wer in Prag an den Westen denkt, ist sich dessen bewußt, daß dessen nächster Staat die Bundesrepublik Deutschland ist.“

Ganz deutlich äußert sich über die Absichten der Führung der Landsmannschaften und der hinter ihnen stehenden Kreise „Die Pommersche Zeitung“ vom 18. 5. 69:

„Diesmal sollten wir die Chance nicht vergeben, wengleich der Westen, genau wie 1956 (Ungarn), wieder mit anderen politischen Krisenherden beschäftigt ist.“

Horst Übelacker, Mitglied der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Studenten, sagte in seiner 1967 im „Buchkreis für Besinnung und Aufbau“ erschienenen Schrift „Zur Problematik des Münchener Abkommens in der Gegenwart“:

„Eine junge Generation aus dem deutschen Volk wird bei Vorrang der Vertriebenennachkommen alle jetzt fremd besetzten deutschen Gebiete wieder in Besitz nehmen, auch das Sudetenland.“

Eine Linie!

Was die NPD — käme sie zur Macht — mit der Tschechoslowakei machen würde, sagt sie ganz unverhohlen in ihrer Zeitung, den „Deutschen Nachrichten“ (DN) vom 18. 11. 66:

„Nun gab es allerdings 1938 kein Deutschland mehr, das sich damit abgefunden hätte, mitten im Reichsraum eine Tschechoslowakei zu dulden, die sich zur feindlichen Bastion berufen glaubte.“

der **krieg** ist noch nicht zu ende!

sagt Dr. Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, früher führender NS-Funktionär, jetzt Mitglied der CSU (M.d.B.), die zwei Minister in der Bundesregierung hat, in „West und Ost“ Informationsdienst des „Sudetendeutschen Rates“ vom 19. 11. 65 unter der Überschrift „Der verlorene Krieg“:

Opposition aus der Messehalle geprügelt

Mit Faust- und Handkantenschlägen sowie Fußtritten prügeln NPD-Ordner am Freitagabend Nürnbergs „Außerparlamentarische Opposition“ aus der Messehalle (Photos unten). Zu dem Zwischenfall war es gekommen, nachdem Adolf von Thadden gefordert hatte, demonstrierende Studenten „hinter Schloß und Riegel zu sperren“. Die Worte des NPD-Vorsitzenden lösten bei den etwa 200 jungen Leuten der Nürnberger Linken — die geschlossen aufgetreten war — Sprechchöre, laute Zwischenrufe und schrille Pfiffe aus. Ein Ordner der Thadden-Partei riß daraufhin einen jungen Mann von seinem Stuhl und schleuderte ihn in die Reihen. Jetzt entstand ein Tumult, der

das gesamte letzte Drittel der Messehalle erfaßte: Die protestierenden jungen Leute wurden mit brutaler Gewalt hinausgeprügelt. Dem 19jährigen Ulli Weber wurde ein Stuhl in den Rücken geworfen. Der junge Mann brach nach mehreren Schritten bewußtlos zusammen und mußte ins Freie getragen werden. Auch ältere Nürnberger Bürger, die sich über das brutale Vorgehen der Saal-Ordner empörten, wurden an allen Vieren weggezerrt. Die Nürnberger Schutzpolizei mußte diesen Prügel-Szenen tatenlos zusehen, da sie — nach dem Versammlungsgesetz — nicht ohne die Erlaubnis des „Hausherren“ eingreifen durfte.

„(Es) ergibt sich die Frage, ob es klug und weise ist, das Argument des „verlorenen Krieges“ so überzeugt und so oft ins Treffen zu führen. Wer die letzte Schlacht gewinnen will, wird sich hüten, frühere Niederlagen geistig zu konservieren... Wir sollten daher nicht vom verlorenen sondern vom noch unentschiedenen „Kriege“ sprechen...“

Ihr Bedauern darüber, daß ihnen ihr Plan nicht gelungen ist, drückt die Zeitung des Vorsitzenden der CSU, Bundesminister Dr. Franz Josef Straß, der „Bayern-Kurier“ vom 7. 9. 68 mit folgenden Worten aus:

„Wäre der Tschechoslowakei der Ausbruch aus dem europäischen Schema gelungen, so wären nicht nur die militärischen Kräfteverhältnisse, sondern — was viel gravierender ist — die europäischen Machtverhältnisse entscheidend verändert worden.“

Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache, und wer sehen und hören will, kann sehen und hören — und sich überzeugen.

Für die neonazistische Atmosphäre in der Bundesrepublik Deutschland mag noch die Tatsache beleuchtend sein, daß das Präsidium der CDU, deren Vorsitzender der Bundeskanzler Dr. Kiesinger ist, dem Kommentator der berühmten Nürnberger Rassen-gesetze, Staatssekretär a. D. Dr. Globke, zu seinem 70. Geburtstag einen großen Empfang gegeben hat.

Herzliche Bitte an alle in- und ausländischen Kameraden!

Verbreitet die hier veröffentlichten Tatsachen unter der Bevölkerung besonders unter der Jugend!

Wir alle sind verantwortlich dafür, daß nicht noch einmal der deutsche Kommiss- und SS-Stiefel über Europa marschiert!

Wer ist die NPD, was will sie?

Trotz der Tarnung als „demokratische“ Partei steht fest, daß Ziele und grundsätzliche Programmpunkte von NSDAP und NPD übereinstimmen. Das Hamburgische Oberlandesgericht bescheinigt,

„die NPD sei mit den Nationalsozialisten vergleichbar, sie sei ein Sammelsurium alter Nazis, eine Nachfolgeorganisation der NSDAP usw.“ (Gerichtsentscheidungen, kommentiert in „Die Welt“ vom 5. 8. 66 und 21. 2. 67)

menschen

SEID WACHSAM!

Kristall Nacht Gedenken

der Jugend in Dachau

AUSZUGE

aus der Gedenkrede für die Opfer
des Nationalsozialismus im ehema-
ligen KZ Dachau, am Samstag, den
9. November 1968, von
Dr. J. Böddrich, MdL

Wir, die wir hier versammelt sind, haben die Pflicht uns zu besinnen.

Die ungeheuren Verbrechen des deutschen Faschismus sind Ihnen bekannt. Sie wissen, welches Maß an Not und Leid und Zerstörung er verursacht hat. Es ist gut, wenn wir uns diese erschütternden Tatsachen immer wieder vor Augen halten. Doch wir dürfen uns nicht damit begnügen, in stiller Trauer der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu gedenken. Das Dritte Reich erscheint sonst allzu schnell als eine finstere Periode in unserer Geschichte, die schicksalhaft über uns hereinbrach und nun endgültig der Vergangenheit zuzurechnen ist: der Faschismus ist kein willkürlicher Schicksalsschlag der Geschichte, der wie ein Naturereignis auf unberechenbare Weise unschuldige Völker trifft, sondern er hat vielmehr ideologische, ökonomische und politische Voraussetzungen, die von Menschen geschaffen werden. Und außerdem ist der Faschismus mit dem Zusammenbruch des Dritten Reichs nicht ein für allemal von der Bildfläche der Weltgeschichte verschwunden. Er lebt vielmehr in vielerlei Gestalt fort: Spanien und Portugal werden von autoritären Diktaturen beherrscht, in Griechenland wird seit dem Militärputsch mit faschistischen Methoden regiert, in den Vereinigten Staaten kann ein Demagoge, der die wichtigsten innen- und außenpolitischen Probleme auf faschistische Weise aus der Welt schaffen möchte, erschreckende Erfolge erzielen.

Doch wir brauchen gar nicht ins Ausland zu blicken, um festzustellen, daß viele Menschen dem Faschismus noch nicht endgültig abgeschworen haben. Die NPD, die bereits in zahlreiche Landtage einziehen konnte, weist viele neonazistische Züge auf: bereits in ihrem Programm und in den Reden ihrer Chefideologen lassen sich, nur notdürftig getarnt, antidemokratische Vorstellungen und ein biologistisches Menschenbild erkennen. Die NPD möchte das Parlament, so steht es in ihrem Programm, wesentlich schwächen, um zusätzliche autoritäre Instanzen und Strukturen in unserem Staat zu etablieren. Ihre Wirtschaftspolitik ist kraß arbeitnehmerfeindlich, ihre Außenpolitik offen aggressiv. Was sie in ihrem Programm noch nicht zu sagen wagt, wird in ihrer Parteipresse und auf ihren Versammlungen ungeschminkt ausgesprochen. Hier wimmelt es von Haßtiraden gegen Intellektuelle und gegen oppositionelle Minderheiten. Hier wird jeder Ansatz zu einer Friedenspolitik hämisch diffamiert. Hier werden rassistische Ressentiments gegen Gastarbeiter und gegen die notleidenden farbigen Bevölkerungsteile in den Vereinigten Staaten geschürt. Hier wird das

Dritte Reich verniedlicht, seine Steigbügelhalter erfahren Rechtfertigung, seine Helfershelfer werden verherrlicht. Die NPD schreckt nicht einmal vor der Ehrung ehemaliger Kriegsverbrecher zurück. Nicht alle Deutschen haben aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte gelernt. Was jetzt not tut, ist eine Analyse des Faschismus und seiner Grundlagen. Dann können wir uns fragen, was in unserer Gesellschaft geändert werden muß, damit der Faschismus, in welcher seiner zahlreichen und teilweise raffiniert getarnten Erscheinungsformen auch immer, nie wieder in unserem Lande an die Macht gelangen kann. Sollte etwa das Wort von Bert Brecht „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch“ für unsere Gesellschaft seine Richtigkeit haben?

Das grundlegende Prinzip des Faschismus ist das Führerprinzip. Die Ordnung ist alles, die Freiheit des einzelnen gilt nichts. Demokratische Willensbildung und parlamentarische Diskussionen finden nicht statt. Die Gesellschaft wird gleichgeschaltet und durchmilitarisiert, die Massen werden manipuliert, oppositionelle Kräfte werden ausgeschaltet – auf dem Wege des Rufmords, des Verbots, der Internierung, der physischen Vernichtung. Wer sich dem Willen der Einheitspartei nicht anschließt, wird als innerer Feind der Zusammenarbeit mit dem Popanz der äußeren Gefahr verdächtigt. Die oberste Norm des Führerprinzips lautet: „Befehl ist Befehl!“ Die soziale Basis des Faschismus ist meist der degradierte Mittelstand, eines seiner Kennzeichen das Diktat der ökonomischen Monopole. Seine soziale Funktion offenbart sich meist zuerst in seinem Bestreben, die Gewerkschaften auszuschalten oder ihrer Rechte zu berauben. Die faschistische Ideologie, die viele Varianten entwickelt hat, fußt nicht auf rational überprüfbareren Thesen, sondern auf irrationalen Grundlagen. Das Völkische und Nationale wird zu einem absoluten Wert erhoben, rassistische Spekulationen gesellen sich häufig dazu. Die faschistische Propaganda appelliert nicht an den Verstand, sondern an das Gefühl. Der Faschismus fordert nicht Einsicht, sondern Gehorsam. Entsprechend ist der Anhänger einer faschistischen Bewegung meist kein Mensch, der eine Autorität über sich und eine Ideologie braucht, die ihm hilft, seine Minderwertigkeitskomplexe im Haß gegen äußere Feinde oder Minderheiten im eigenen Lande abzureagieren. Die Ideologie von der Volksgemeinschaft erspart ihm die Auseinandersetzung innerhalb einer immer komplizierteren Gesellschaft, die Ideologie des Völkischen kommt seinen Ressentiments gegen den technologischen Fortschritt entgegen. Seine Persönlichkeit kann sich nicht frei

entfalten, seine so entstehenden Aggressionen können gesteuert und ausgenutzt werden. Er ist nicht kritikfähig, sondern gläubig ergeben, er erkennt seine eigene Interessenlage nicht und kann folglich auch nicht sinnvoll politisch tätig werden: er wird manipuliert. Faschismus bedeutet Herrschaft über die Massen gegen die Interessen der Massen.

Wir müssen uns fragen, ob mit alledem, das den Faschismus in Deutschland unmöglich gemacht hatte, in der Stunde Null radikal Schluß gemacht wurde, oder ob nicht vieles in einer beständigen Restaurationspolitik wiedererstanden ist. Hier fällt unsere Bilanz negativ aus.

Noch immer gibt es in unserer Gesellschaft, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, unerträgliche Abhängigkeiten, die eine freie Entfaltung der Persönlichkeit aller Menschen verhindern. Vor allem aber gibt es hierzulande immer noch im Übermaß Autoritäten, die sich nicht selbst von Fall zu Fall rechtfertigen, sondern auf Grund ihres Amtes erheben. Sie meiden oder verbieten die Diskussion, sie begründen ihre Anordnungen nicht, sondern fordern Gehorsam. Ihre Untergebenen sind keine demokratischen Bürger, sondern Untertanen. In vielen Lebensbereichen ist der einzelne nur Objekt, nicht Subjekt der wichtigen Entscheidungen.

Kein Wunder, daß viele Menschen den Wert der demokratischen Lebensordnung nicht zu schätzen wissen — „die da oben“, so lautet eine gängige Formel, „machen ja doch, was sie wollen“. Als erste und oberste Forderung einer konsequent antifaschistischen Politik ergibt sich somit die Forderung nach einer beschleunigten Demokratisierung der Gesellschaft. Das heißt konkret: Mitbestimmung in der Wirtschaft, Mitbestimmung aller beteiligten Gruppen in den Hochschulen, demokratische Erziehung in den Schulen, demokratische Lebensformen in den Familien und allen anderen Lebensbereichen. Wer seine demokratischen Rechte überall wahrnehmen kann und nicht gewohnt ist, die Verantwortung unkritisch der Obrigkeit zu überlassen, wird jedem Versuch, autoritäre Strukturen zu verhärten oder gar ein unwürdiges Führerprinzip einzurichten, entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Wer aber seine Kontroll- und Mitbestimmungsrechte nicht erkämpft, sondern lieber gläubig zu Autoritäten aufschaut, kann für jedes System mißbraucht werden. Die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ist die große Gemeinschafts- und Zukunftsaufgabe unserer Zeit, sie darf nicht länger vernachlässigt werden.

Das gilt insbesondere für den Erziehungsbereich, hier werden die Staatsbürger von morgen geprägt. Der törichte Satz, junge Menschen sollten erst einmal den Weg der gesellschaftlichen Anpassung gegangen sein, ehe sie Kritik äußern, und erst etwas leisten, ehe sie sich politisch betätigen, muß aus dem bundesdeutschen Bewußtsein verschwinden. Nicht Ordnungsliebe und Disziplin sollten als soziale Tugenden gelehrt werden, sondern Kritikfähigkeit, Engagementbereitschaft und der Wille zum Widerstand, wo auch immer er berechtigt und notwendig ist. Demokratische Erziehung ist das Gebot der Stunde. Mit der Vermittlung von Kenntnissen ist ihm nicht Genüge getan — vielmehr muß bereits im Erziehungsprozeß Demokratie praktiziert werden. Dies bedingt — so lautet die zweite Forderung — eine tiefgreifende Reform unseres Bildungswesens und eine weitgehende Verstärkung der politischen Bildung.

Wir müssen — dies die dritte Forderung — mit den Denkmustern des Kalten Krieges endgültig brechen, Schluß machen mit dem fanatischen und undifferen-

zierten Antikommunismus und trotz schmerzlicher Rückschläge die Ansätze zu einer Friedenspolitik erweitern. Der Aufbau einer wahrhaft gerechten und freiheitlichen Gesellschaft ist jedenfalls in einer Atmosphäre der Entspannung und der Friedenspolitik leichter als in einer Atmosphäre des Kalten Krieges, der Aufrüstung und Militarisierung.

Als ein wichtiges Kennzeichen des Faschismus nannte ich die Gleichsetzung oppositioneller Gruppen im Inland mit dem äußeren Feind und die Diffamierung jeglicher Opposition. Hier muß es uns mit Sorge erfüllen, daß wir die traurige Feststellung machen können, daß diese Herrschaftstechnik, freilich in stark abgemilderter und legaler Weise, auch hierzulande zuweilen praktiziert wird. Die bestürzende Tatsache, daß in der Bundesrepublik noch immer kein Wechsel zwischen Regierung und Opposition stattgefunden hat, ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß die parlamentarische Opposition bei uns lange als Untergang der Nation diffamiert worden ist. Da die parlamentarische Opposition derzeit ihren Veränderungswillen nicht stark betont, ist von diesen Kampagnen heute nichts mehr zu spüren. Stattdessen wird jedoch gegen die außerparlamentarische Opposition von maßgeblichen Politikern und vor allem von manchen Massenmedien, insbesondere den Blättern des Springer-Konzerns, eine infame Hetze betrieben. Ich darf Sie hier nur an die vielen Falschmeldungen der Bild-Zeitung, die an Ressentiments und Ängste der Kleinbürger appelliert, nochmals erinnern. Als vierte Forderung ergibt sich daher die Forderung nach einer fairen Auseinandersetzung mit allen oppositionellen Gruppen und nach einer Beendigung aller rein emotionalen Kampagnen.

Als Wählerschicht rechtsradikaler Parteien läßt sich immer wieder der sogenannte niedrige Mittelstand ausmachen. Das ist leicht verständlich: der Mittelstand ist am meisten von den Folgen des technologischen Fortschritts bedroht, er findet sich daher in der modernen Gesellschaft am wenigsten zurecht. Daher rührt seine Neigung zu Parolen, die jede Entwicklung verdammen und längst vergangene Zeiten als Idealbild preisen. Seine Eigentumsideologie läßt ihm zudem jeden sozialen Fortschritt als verdächtig erscheinen. Von der technischen Entwicklung bedroht, wendet er sich irrationalen Ideologien zu. Er hält sich für die gesunde Mitte, es ist jedoch historisch erwiesen, daß er in Krisenzeiten als erster zum Rechtsradikalismus neigt. Es ist daher dringend erforderlich, — dies die fünfte Forderung —, daß die Voraussagen über die künftige technische und soziale Entwicklung auf den Tisch gelegt und eine zukunftsweisende Strukturpolitik betrieben wird.

Alle genannten politischen Aufgaben, deren Zusammenhang mit unserem heutigen Gedenktage manchem verschlossen sein mag, müssen bald in Angriff genommen werden. Nicht nur die Politiker, sondern alle Bürger sind angesprochen. Es gilt, durch eine Beschleunigung der Demokratisierung, Erweiterung der demokratischen Erziehung, eine besonnene Friedenspolitik, eine faire Auseinandersetzung mit oppositionellen Gruppen und vorausblickende Strukturpolitik die faschistischen Tendenzen und Ansätze in unserer Gesellschaft, die übrigens keineswegs nur innerhalb der NPD zu beobachten sind, restlos zu beseitigen. Wir alle müssen am Aufbau einer freien Gesellschaft der mündigen Bürger mitarbeiten. Diese Zielsetzung allein rechtfertigt unser Zusammentreffen an dieser Stätte.

Brief der LG Dachau an das CID:

An das
Comité International de Dachau
65 rue de Haerne
Bruxelles 4

Den 24. August 1968

Liebe Kameraden!

Am Samstag, den 3. 8. 68 tagte das Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau. Es befaßte sich u. a. eingehend mit der Feier zur Einweihung des Dachau-Denkmal und dem vom CID mitgeteilten Programm. Als Ergebnis der eingehenden Diskussion wurde ich beauftragt dem CID folgendes mitzuteilen:

Der Lagergemeinschaft ist bekannt, daß in Belgien, Frankreich und anderen Ländern die Teilnahme militärischer Formationen an Gedenkfeiern der antifaschistischen Verbände üblich ist. Die Voraussetzungen bei Ländern, die der Antihitlerkoalition angehörten, sind grundsätzlich andere, als dies in der Bundesrepublik der Fall ist.

Die Lagergemeinschaft Dachau begrüßt es wärmstens, daß breite Kreise der westdeutschen Bevölkerung und insbesondere die Jugend dem Militarismus abgeneigt sind. Aus diesem Grunde bedauert sie es daher, daß auf dem Boden des ehemaligen Lagers militärische Verbände in diesem Ausmaß an der Einweihung des Denkmals teilnehmen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß an dem Programm jetzt nichts mehr zu ändern ist. Was wir aber nicht widerspruchslos hinnehmen können, ist die Art und Weise, wie es zu diesem Programm kam. Es ist uns bekannt, daß das Executiv-Comité in seiner Sitzung vom 13./14. 1. 68 ein Programm beschloß, das auf einem Vorschlag des Kam. Arjalies und einem Gegenvorschlag des Kam. Kohlhofer beruhte. Die spätere Änderung hinsichtlich der Teilnahme von Militärkapellen und geschlossener militärischer Formationen auf Wunsch einiger nationaler Verbände allein durch das Brüsseler Büro erscheint uns nicht korrekt. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß dies Sache des Ex.-Com. gewesen wäre.

Außerordentlich bedauern wir es, daß aus diesem Grunde auch der Bayerische Jugendring seine Beteiligung ablehnte.

Wenn unsere wiederholt bei den Befreiungsfeiern ausgesprochenen Beteuerungen, daß uns besonders daran liegt, daß die Jugend das Vermächtnis unserer Toten übernehmen sollte, glaubwürdig sein sollen, dann paßt es nicht gut in diese Absicht, wenn man es der Jugend aus den oben angeführten Gründen unmöglich macht, an dieser Feier teilzunehmen. Die Gründe, welche der Bayerische Jugendring für seine Ablehnung anführt, sind unseres Erachtens sehr ehrenwert und stellen einen Beweis dafür dar, daß er die Bewältigung der Vergangenheit zu seinem Anliegen gemacht hat.

Wir stellen hiermit den Antrag, daß das von uns in diesem Schreiben behandelte Problem auf die Tagesordnung der Generalversammlung gesetzt wird. Die Lagergemeinschaft beabsichtigt mit diesem Antrag keineswegs Schwierigkeiten im CID auszulösen, vielmehr liegt uns daran, Verständnis für die besondere Situation zu erlangen, in der wir uns hier in der Bundesrepublik befinden. In Zukunft sollten derart wichtige Entscheidungen dem Ex.-Com. vorbehalten sein.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau

9. November in Flossen- bürg

Zur diesj. Mahnfeier der Gewerkschaftsjugend Nürnberg- Mittelfranken in Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden Nordbayerns am Samstag, den 9. Nov. 1968 im ehem. K. Z. Lager Flossenbürg hatten sich etwa 2000 Teilnehmer, in der Hauptsache Jugendliche, eingefunden.

Geführt von den Fahnenträgern zogen sie nach Einbruch der Dunkelheit schweigend in das „Tal des Todes“ daß durch Fackeln und Lichter schwach erhellt war. Während einer Tonbandwiedergabe von Freiheitsliedern des griech. Freiheitsdichters Mikis Theodorakis legten die Abordnungen ihre Kränze an der Hinrichtungsstätte nieder.

An Stelle einer Gedenkrede für die Opfer des Nazismus verlas unter Mitwirkung von Künstlern des Schauspielhauses Nürnberg der Schriftsteller Schöfer eine von ihm verfaßte Flugschrift unter dem Titel: „Die Wahrheit ist die Veränderung“. Darin heißt es unter anderem: Daß viele der Herren, die unter Hitler gedient haben, heute wieder mit dabei sind, wenn in Bonn Politik gemacht wird. Bei der Verlesung der Flugschrift kam es zu mehrmaligen Zwischenrufen von nazistischen Elementen, die versuchten, die Mahnfeier zu stören.

Ausgehend von einer Erzählung über die Todesschlucht von Babi-Jahr in der Sowjetunion und dem Geschehen in der Todesschlucht von Flossenbürg kam der Sprecher zu der Feststellung, daß die Gegenwart neue Opfer fordere und neuen Anlaß zu Zorn und Entsetzen gebe. Man denke da z. B. an den schmutzigen amerik. Krieg in Vietnam, an Biafra, an Mexiko oder an Griechenland. Im Dialog wurden (Aussprüche) namhafter Persönlichkeiten aus Bundestagsdebatten von gestern und heute wiedergegeben.

Schweigend und ergriffen verließen die Teilnehmer dieser einmaligen Mahn-Feier die blutgetränkte Erde von Flossenbürg.

F. SCH. 11004



Flossenbürg

Im Laufe der von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit am 5. und 6. Oktober stattgefundenen Studienfahrt in die Oberpfalz, an der in zwei Omnibussen 75 Personen teilnahmen, fand am Samstag, den 5. Oktober um 11 Uhr eine Gedenkfeier im KZ Flossenbürg statt.

In einer sehr eindrucksvollen Gedenkrede in der Gedächtniskapelle, an deren Wänden die Wappen aller der Länder sich befinden, aus denen Angehörige in diesem Lager waren (34), rief unser Kamerad Prälat Dr. M. Höck die Leiden der Gefangenen ins Gedächtnis zurück und unterstrich besonders die heutige Leidenslage in Vietnam, Biafra und der nur 3 Kilometer entfernten Tschechoslowakei. Ihm folgte die Ansprache von Prof. B. Graubard.

Nach einem Rundgang durch das ehemalige Lager unter Führung des Stadtpfarrers M. Rohrmeier aus Waldsassen, der dort selbst „Schutzhaftgefangener war und von seinen eigenen Erlebnissen als Lager-schreiber berichten konnte, legte Prof. Stadtschulrat Dr. A. Fingerle mit bewegten Worten an der Hinrichtungsstelle einen Kranz für die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit nieder. Danach begleitete ich die Niederlegung des Kranzes der Deutschen Lagergemeinschaft des KZ Dachau mit folgenden kurzen Worten:

„Im Namen und im Auftrag der deutschen Lagergemeinschaft des KZ Dachau lege ich diesen Kranz nieder zum Gedächtnis und zur Ehrung aller derer, die hier und in allen anderen Konzentrationslagern für die Freiheit litten und starben. Ich bitte Sie, verehrte Anwesende, mit mir eine Minute des Schweigens zu beobachten; ... Ich danke Ihnen.

Wie mir der Geschäftsführer der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Herr Dr. J. Brandlmeier in seinem Brief vom 14. Okt. mitteilt, „wir haben in Flossenbürg eine sehr würdige Gedenkfeier durchgeführt, die, so wurde mir berichtet, alle Teilnehmer außerordentlich beeindruckt hat. Sie haben zu dieser Feier einen sehr wesentlichen Beitrag geliefert und so obliegt es mir, den Dank unseres Vorstandes zum Ausdruck zu bringen für die Niederlegung eines Kranzes im Auftrag der Lagergemeinschaft Dachau“.

Dr. med. Erich Braun

ENTSCHLISSUNG

der Gruppe Baden-Württemberg der Lagergemeinschaft Dachau

Die Teilnehmer aus Baden-Württemberg an der Einweihungsfeierlichkeit des internationalen Mahnmals im KZ Dachau am 8. 9. 1968 kamen am Samstag, 12. 10 in Stuttgart zusammen, um zu dem Charakter der Einweihungsfeierlichkeit Stellung zu nehmen.

Es wurde einstimmig verurteilt:

- die Teilnahme verschiedener Militär-Abordnungen lediglich aus Nato-Ländern,
- die Zeremonie der Begrüßung der Persönlichkeiten.

Dadurch hat die Einweihungsfeierlichkeit einen Charakter erhalten, der nicht dem Vermächtnis der Toten, der im Lager geübten Solidarität zwischen allen Na-

tionen, zwischen allen politischen und weltanschaulichen Richtungen entsprach.

Darin sehen wir eine Verfälschung des Auftrages, den wir Überlebenden gegenüber allen Völkern, insbesondere gegenüber der Jugend und der Nachwelt haben.

Dieser Mißbrauch war nur möglich durch einen Mangel an Aktivität in unseren eigenen Reihen.

Wir begrüßen die Absicht, im Frühjahr 1969 eine Delegierten-Versammlung der Lagergemeinschaft Dachau abzuhalten. Auf diesem Wege wird es möglich sein, eine stärkere politische Wirksamkeit unsrer Arbeit zu erreichen.

Todeszug von 1073 Frauen zurückverfolgt

Gerüstet für den ersten Hofer KZ-Prozeß — Anklage gegen Leiter des Außenlagers Helmbrechts lautet auf Mord in 217 Fällen — Zweijährige Ermittlungsarbeit — Vier Wachleute außer Verfolgung gesetzt

HOF. — Anfang des nächsten Jahres wird der Saal des Hofer Schwurgerichts voraussichtlich Schauplatz des ersten Hofer KZ-Prozesses sein. Nach Abschluß langwieriger Ermittlungsarbeit wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage zum Schwurgericht erhoben, ursprünglich gegen fünf ehemalige Angehörige der Wachmannschaft des Flossenbürger KZ-Außenlagers Helmbrechts. Das Verfahren, das inzwischen eröffnet worden ist richtet sich jedoch nur gegen den damaligen Lagerleiter, den heute 57 Jahre alten Landwirt Alois Dörr aus Höpfigen im Württembergischen. Die Anklage lautet auf Mord in 217 Fällen. Zu dem Prozeß, der sich über Wochen erstrecken wird, werden an die 200 Zeugen erwartet, auch aus dem Ausland.

Die Öffentlichkeit wußte davon kaum etwas: Im ganzen Bereich Nordbayern, in Teilen des Vogtlandes und auch im einstigen Sudetland bestanden in den letzten Kriegsjahren Außenstellen des berühmten Konzentrationslagers Flossenbürg. Die Häftlinge waren fast ausschließlich in Fabriken untergebracht, so auch in Helmbrechts, wo im Sommer 1944 ein derartiges Lager errichtet wurde. Man benötigte Arbeitskräfte für einen von Nürnberg nach Helmbrechts in die Fabrikationsräume der Firma Witt verlagerten Rüstungsbetrieb. Die Arbeitskräfte waren ausschließlich Frauen, überwiegend Polinnen und Russinnen, aber auch Deutsche. Mit Transporten waren sie aus dem Lager Ravensbrück in Norddeutschland gebracht worden.

Im Januar 1945 kamen an die siebenhundert Jüdinnen nach Helmbrechts, die aus einem KZ in der Nähe von Breslau evakuiert worden waren. Sie hatten zu Fuß den Gewaltmarsch antreten müssen. Viele von ihnen hatten nicht einmal Schuhe. Völlig entkräftet, nicht selten todkrank, erreichten sie ihren neuen Bestimmungsort. Wie die Ermittlungen aufzeigen, konnte kaum eine der Neuankommenden infolge ihres äußerst schlechten Gesundheitszustandes zur Arbeit eingesetzt werden. In dem Lager häuften sich die Todesfälle; Todesursachen waren zu meist Darmerkrankungen, aber auch der sogenannte Wasserkrebs.

Nach Auskunft eines Sprechers der Hofer Justiz stützt sich der Inhalt der Anklage vor allem auf die Vorkommnisse während der letzten Kriegstage. Vorher ist laut Anklage in dem Lager, das in Baracken an den Ortsrand der Stadt verlegt worden war, nur ein Fall von brutaler Gewaltanwendung bekannt geworden: Eine russische Lagerärztin, die entflohen war, sei nach ihrem Aufgreifen derart mißhandelt worden, daß sie die Nacht darauf verstarb. Ihr Schicksal sollte später das vieler Mithäftlinge werden.

Vor den anrückenden amerikanischen Truppen setzte sich am 13. April 1945 von Helmbrechts aus das Lager in Marsch: 1073 Frauen, die von 24 SS-Angehörigen, darunter einige Aufseherinnen, begleitet wurden. Für 217 Häftlinge führte der Weg in den Tod. Wie aus der Anklageschrift hervorgeht, starb ein Teil an Entkräftung, ein anderer verhungerte; die meisten Frauen jedoch wurden erschossen, wenn sie nicht mehr weiter konnten. Der Zug ging von Helmbrechts unter Vermeidung größerer Siedlungen

an Schwarzenbach/Saale, Rehau und Asch vorbei nach Franzensbad, entlang der bayerisch-böhmischen Grenze bis Wallern in Südböhmen und schließlich nach Prachatitz. Gehunfähige waren zum Teil auf Karren verladen worden. Hin und wieder wurden auch für Teilstrecken Fahrzeuge von Bauern requiriert. Dem größten Teil der bedauernden Opfer blieb der Fußmarsch. Nachts wurde überwiegend im Freien kampiert. Wie die Ermittlungen ergaben, haben sich auf dem 250 Kilometer langen Weg 200 bis 300 Frauen ihrem Schicksal durch Flucht entziehen können. In einem Außenlager in Zwodau nahe Marienbad sollen etwa 300 Frauen, die nicht mehr weiter konnten, zurückgelassen worden sein, ebenso in einem Sägewerk in Wallern. Dort sollen über hundert begraben liegen. Für die noch Gehfähigen, etwa 150 an der Zahl, sei erst in Prachatitz das Ende ihrer Leidenszeit gekommen. In einem Wald seien sie von ihren Bewachern, soweit diese noch nicht das Weite gesucht hatten, alleine gelassen worden. Amerikanische Truppen hätten sich ihrer am nächsten Tag hilfreich angenommen. Es war höchste Zeit: Manche der Frauen wogen weniger als 30 Kilogramm.

Die Ermittlungen um das KZ-Außenlager Helmbrechts datieren auf das Jahr 1962 zurück. Auslösendes Moment war ein Privatprozeß zwischen einem Landwirt aus Seulbitz im Landkreis Hof und dessen Schwägerin. Wie dazu bei

Gericht zu erfahren war, hatte die Frau ihrem Schwager vorgeworfen, er habe bei Kriegsende Jüdinnen erschossen. Bei den folgenden Ermittlungen stellte sich diese Anschuldigung als haltlos heraus, doch blieb die Tatsache, daß bei Seulbitz KZ-Häftlinge liquidiert worden waren. Sie waren dort am 13. April 1945 aus Richtung Wölbersbach kommend vorbeigezogen. Als sich die Ermittlungsbeamten in Wölbersbach erkundigten, stießen sie auf ein Landwirtehepaar, welches übereinstimmend bekundete, daß an jenem 13. April in einem ihnen gehörenden Waldstück ebenfalls vier Frauen erschossen worden seien. Die Spur führte schließlich zur KZ-Nebenstelle Helmbrechts. In über zweijähriger Ermittlungsarbeit, die von Kriminalhauptmeister Josef Dechenberger von der Kriminalaußenstelle der Landpolizei Hof geführt wurde, setzte man ein Steinchen nach dem anderen zusammen. Eine wesentliche Hilfe bedeutete dabei die Überlassung von Unterlagen aus Wa-

shington, darunter Bilddokumente, die die Geschehnisse jenes Todesmarsches nach Prachatitz in erschütternder Weise dokumentierten: zum Skelett abgemagerte Häftlinge, exhumierte Leichen aus Gräbern entlang des Weges, Massengräber. In der Folgezeit wurden mehr als 2000 Personen angeschrieben, 1000 von ihnen vernommen. Es gelang, zahlreiche Tote des Marsches bis zur bayerischen Landesgrenze zu identifizieren, ebenso die Namen der Mitglieder des Exekutionskommandos festzustellen.

Die Anklage richtete sich gegen fünf Mitglieder der ehemaligen Wachmannschaften, darunter eine Frau. Gegen vier von ihnen, so teilt die Hofer Justiz mit, habe der Tatverdacht des Mordes nicht ausgeübt. Sie seien ihren Angaben nach nur befehlsausführend gewesen. Auch die Gesamtumstände hätten es nicht zugelassen, bei ihnen Tötung aus niedrigen Beweggründen, also Mord, anzunehmen. Wegen anderer Delikte, beispielsweise wegen Totschlags, könne man die Aufseher nicht mehr zur Verantwortung ziehen, da hier bereits Verjährung eingetreten gewesen sei. So blieb als einziger Angeklagter in dem kommenden Verfahren Alois Dörr, der Verantwortliche des Lagers.

H. Schimmel

Das Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau schrieb an den Bundeskanzler:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Das Präsidium der Lagergemeinschaft der ehemaligen politischen Häftlinge des KZ-Lagers Dachau führte anlässlich der Denkmalseinweihung auf dem Gelände des KZ-Lagers Dachau, im Rahmen seiner Beratungen am 9. 9. 68 auch eine Aussprache über die soziale Lage der Verfolgten des Naziregimes in der Deutschen Bundesrepublik durch.

Anlaß hierzu gab der nun nach 15jähriger Verzögerung vorliegende Referenten-Entwurf des Bundesarbeitsministeriums über die Novellierung des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung vom 1. 6. 68. Zum allgemeinen Bedauern der Anwesenden mußte festgestellt werden, daß der Entwurf nur dürftigste Verbesserungen enthält. So findet sich darin keine Regelung für das alte Anliegen der Verfolgten auf Herabsetzung der Altersgrenze in der Sozialversicherung und zwar für Frauen auf das 55. und für Männer auf das 60. Lebensjahr.

Das Präsidium mußte sich im Laufe der Aussprache davon überzeugen, daß in verschiedenen Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland bereits vorgezogene Altersgrenzen bestehen:

So können die Beamten des Bundes, der Länder und Gemeinden, sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, unter ihnen viele ehemalige Mitglieder der NSDAP bereits mit dem 62. Lebensjahr, Polizeibeamte, unter ihnen Angehörige der ehemaligen SS-Einsatzgruppen und der Gestapo mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand treten.

Für Berufsunteroffiziere, Offiziere, Majore, Oberstleutnante, Oberste, Generäle und Berufssoldaten ein-

fachen Dienstgrades – unter ihnen solche, die ihre weltanschauliche Ausbildung in den Ordensburgen Hitlers erhalten haben – bestehen Altersgrenzen zwischen dem 52. und dem 60. Lebensjahr. Für ehemalige Nazibeamte, die gemäß § 35 des 131er Gesetzes kein Unterkommen bei einer Behörde mehr fanden und für belastete Richter und Staatsanwälte des Dritten Reiches endlich war die Zurruesetzung von keiner Altersgrenze abhängig.

Schließlich haben die Abgeordneten des Bundes und der Länder für sich selbst den vorgezogenen Bezug von Altersruhegeld unter gewissen Voraussetzungen möglich gemacht. Für Mitglieder der Bundesregierung und der Länderregierungen sind noch weitergehende Regelungen in Vorbereitung.

So betrachtet, müssen wir die Nichtberücksichtigung des vorgezogenen Ruhegeldes für die Verfolgten im Referentenentwurf zur Novellierung des Gesetzes über die Behandlung der Verfolgten in der Sozialversicherung als provozierend empfinden. Dies umso mehr, weil die aufgeführten Begünstigten sich bei Erreichung ihrer vorgezogenen Altersgrenze häufig noch der vollen Gesundheit erfreuen, indes bei den Verfolgten überwiegend erhebliche Gesundheitsschäden vorliegen. Viele von ihnen sind vorzeitig verstorben. Wir appellieren deshalb an Sie, darum besorgt zu sein, daß bei der Beratung und Verabschiedung des in Frage stehenden Gesetzentwurfes dem Anliegen der Verfolgten Verständnis entgegengebracht und die erforderliche Zustimmung erteilt wird.

Hochachtungsvoll
Lagergemeinschaft Dachau
(Robert Eisinger)
Vorsitzender

Unser Anliegen: Herabsetzung der Altersgrenze

„Das Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau bemüht sich schon seit längerer Zeit in Zusammenarbeit mit anderen Verfolgtenorganisationen um die Herabsetzung der Altersgrenze in der Sozialversicherung für den Kreis der rassistisch, religiös und politisch Verfolgten. Zur Information für unsere Kameraden veröffentlichen wir heute einen Brief, den wir an den Bundestagsabgeordneten Martin Hirsch gerichtet haben.

Wir möchten unsere Kameraden darum ersuchen, uns durch Anregungen und Vorschläge in unserem Vorhaben zu unterstützen.“

Betreff: Herabsetzung der Altersgrenze in der Sozialversicherung für Verfolgte des Naziregimes.

Ihr Schreiben v. 26. 9. 1968.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Wir bestätigen dankend den Empfang Ihres Antwortschreibens vom 26. 9. 1968, welches in unserem Kameradenkreis eine schwere Enttäuschung ausgelöst hat. Von vielen erging an uns die Aufforderung, keinen Schritt zu scheuen, um dieses alte Anliegen unserer Freunde allem Widerstand zum Trotz dennoch durchzusetzen und sei es mittels Eingaben an den Europarat in Straßburg, an die EWG in Brüssel und die UNO in New York.

Inzwischen mußten wir erfahren, daß sich im Vormonat die Sozialexperten der SPD mit der Frage einer vorgezogenen Altersgrenze zugunsten der Verfolgten beschäftigt haben und wir gehen wohl nicht fehl wenn wir annehmen, daß sich Ihre Darlegungen auf die Entscheidung dieses Gremiums stützen.

Erlauben Sie uns nun einleitend Ihr an die Arbeits-

gemeinschaft Bayerischer Verfolgtenorganisationen gerichtetes Schreiben vom 9. 2. 1967 auszugsweise zu zitieren:

„Sie wissen ja wohl, daß sich die SPD-Bundestagsfraktion wie auch ich persönlich, sich seit vielen Jahren um eine Neugestaltung des Rechts der Verfolgten in der Sozialversicherung, insbesondere auch in der Richtung einer Herabsetzung der Altersgrenze einsetzen.“

Ihr Chefsachverständiger in Sozialfragen erklärte am 21. 1. 1957 im Plenum des Deutschen Bundestages:

„Der Grundsatz der Sozialdemokraten war und ist, daß die Altersgrenze nicht auf kaltem Wege heraufgesetzt werden sollte, sondern daß die Bemühungen darauf gerichtet sein müssen, die Altersgrenze herunterzusetzen, mindestens für bestimmte Gruppen der Menschen . . . ; deshalb unsere Forderung: Altersgrenze für Schwerbeschädigte 60 Jahre.“

Professor Ernst Schellenberg hat in so manchen Schreiben der letzten Jahre seinen Beistand anklingen lassen: So schrieb er am 21. 9. 1964 an uns:

„Sie werden verstehen, daß ich Ihnen über die Behandlung dieser Frage (Altersgrenze für die Verfolgten) im Ausschuß keine näheren Angaben machen kann. Doch darf ich Ihnen versichern, daß meine politischen Freunde Ihre Forderung unterstützen und mir Ihre Ausführungen bei den künftigen Beratungen dienlich sein werden.“

Am 15. 8. 1967 aber schrieb Herr Schellenberg:

„Die Frage der Altersgrenze für politisch Verfolgte haben wir wiederholt im Arbeitskreis besprochen. Wir waren stets der Auffassung, daß eine Herabsetzung

der Altersgrenze für diese Gruppe zwangsläufig eine analoge Regelung für alle Schwerbeschädigten, Heimkehrer usw. nach sich ziehen müßte. Das hätte finanziell unübersehbare Konsequenzen. Deshalb kann dem Anliegen der Lagergemeinschaft nicht entsprochen werden."

Wir fragen, wem können die Verfolgten noch Vertrauen schenken nach all diesen Widersprüchen?

Gestatten Sie uns nun, auf die Argumente Ihres Briefes einzugehen:

Sie wissen um den schlechten Gesundheitszustand vieler Verfolgter mit der Begleiterscheinung der Frühalterung und Sie widersprechen auch nicht der Feststellung, daß so viele der ehemals braunen und tiefbraunen Diener des öffentlichen Dienstes von den vorgezogenen Altersgrenzen der Beamtengesetze und dem Soldatengesetz Nutzen ziehen, während die Verfolgten mit einer kümmerlichen Berufsunfähigkeitsrente vorlieb nehmen oder unter Raubbau an ihrer Gesundheit weiterarbeiten müssen. Sie halten diese Tatsachen aber nicht für schlüssig, weil die Verfolgten ja Entschädigung erhalten haben und zum Teil Renten beziehen. Sie selbst haben im Mai 1964 über den Bayerischen Rundfunk den Hörern mitgeteilt, daß diese Beträge nur Konkursquoten darstellen. Ein anschauliches Beispiel dafür stellt der Fall Lettenbauer dar, dem für den Haftmonat DM 330,— gegenüber DM 150,— eines Verfolgten an Schmerzensgeld gezahlt wurden. Über die Unterschiedlichkeit des Haftvollzuges im Dritten Reich und heute möchten wir erst gar nicht debattieren. Für den Wirtschaftsschaden wurden dem Eisenbahnarbeiter Lettenbauer mtl. DM 277,— zugebilligt gegenüber einem entsprechend beschäftigt gewesenen gleichaltrigen Verfolgten, dem abgewertet rd. DM 80,— zuerkannt wurden. Hätte L. während seiner Haft einen Gesundheitsschaden erlitten, wäre seine Rente etwa doppelt so hoch als die Mindestrente nach dem BEG. Ähnliches gilt, wenn sich L. seine Berufsschadensentschädigung hätte verrenten lassen.

Trotzdem muten Sie den frühverbrauchten Verfolgten zu, sie sollten sich mit einer Berufsunfähigkeitsrente, der sogenannten 2/3 Rente begnügen und den Minderbetrag der Rente mittels der erhaltenen Entschädigungsbeträge ausgleichen. Auch hier ein Beispiel:

Ein Verfolgter, von Beruf Lagerarbeiter, war 6 Jahre in Haft und erhielt dafür DM 9800,— Schmerzensgeld, sowie abgewertet DM 1800,— Entschädigung für den Berufsschaden. Außerdem können ihm nunmehr, 23 Jahre nach seiner Befreiung, gemäß § 31 Abs. 2 BEG eine Mindestrente wegen seines Gesundheitsschadens in Höhe von derzeit DM 159,— zuzüglich 5% Ehegattenzuschlag ab 1. 1. 1960 bewilligt werden. Als unser Lagerarbeiter 1945 aus der Haft zurückkehrte, stand er wie viele vor dem Nichts. Als er am 21. 6. 1948 sein Geld umtauschte, erhielt er für sich und weil er inzwischen geheiratet hatte, für seine Frau sowie 2 Kinder zusammen DM 120,— Startgeld. Die Entschädigungsgelder wurden in Bayern bis zum Inkrafttreten des Bundesentschädigungsgesetzes im September 1953 in Raten bezahlt. Weil der Verfolgte nur ein unteres Einkommen hatte, wurde dieses Geld für ein Mieterdarlehen und Ausstattung einer menschenwürdigen Wohnung, Beschaffung von Kleidern, Wäsche usw. verwendet, kurz nach und nach zugesetzt. Bei Vollendung des 60. Lebensjahres kann unser Freund 40 Versicherungsjahre einschl. Ersatzzeit nachweisen und würde dafür gemäß den Feststellungen des Versicherungsmathematikers Heuberg eine Vollrente von 44% seines letzten Bruttoeinkommens von mtl. DM 900 — also DM 396,— erhalten. Da er aber zunächst

nur eine Berufsunfähigkeitsrente erhalten dürfte, mindert sich dieser Betrag um ein Drittel auf mtl. DM 264,—. Zuzüglich der Gesundheitsschadensrente von zusammen DM 166,— stehen dem Versicherten alsdann mtl. DM 430,— für sich und seine Frau zur Verfügung, gegenüber DM 900,— Arbeitseinkommen und DM 166,— Rente zusammen DM 1066,— vorher.

Ein weiteres Beispiel:

Ein Polizeibeamter im einfachen Dienst wurde 1937 zur SS überstellt und 1940 einem Sonderkommando im Osten zugeteilt. Er arbeitet seit 1953 als Offiziant in einem Schulgebäude. Man holt ihn inzwischen mehrmals zur Vernehmung, ließ ihn aber, weil er an den Sonderaktionen im Osten nur als Untergebener mitgewirkt hat, laufen. Sein Einkommen beträgt ebenfalls monatlich DM 900,—. Nach dem Gesetz kann er als ehemaliger Polizeibeamter mit 60 Jahren in den Ruhestand treten und erhält dann eine Vollpension von mtl. DM 775,—. Wir könnten solche Fälle nach Belieben darstellen. So hat es die Stadt München vorgezogen, nach der Entnazifizierung eine Anzahl belasteter NS-Beamte nicht mehr zu beschäftigen und, als das 131er Gesetz die Weiterbeschäftigung vorschrieb, die Betroffenen mit einem Ruhelohn abgefunden.

Und nun behaupten Sie Herr Hirsch, unsere Argumente seien nicht schlüssig. Sie können aber als Jurist doch nicht schuldhaft Verletzungen im Sinne der §§ 823 ff BGB mit dem Geschehen durch Kriegseinwirkung und Kriegsfolgen gleichstellen. Unterschiedliche Sachverhalte bedingen eben auch eine unterschiedliche Beurteilung und Behandlung der Fakten. Wenn Sie sich jetzt auf das Gebot der Gleichbehandlung berufen, so erkennen wir darin den alten Trick „Junktim“ genannt wieder, der zu Blanks Zeiten unter der Bezeichnung „Sozialpaket“ Opposition und Betroffene nicht minder narrete und jetzt unter der verketteten Bezeichnung „Mitbestimmung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle und Krankenversicherungsreform“ zu neuem Leben erwacht ist.

Nun wollen Sie uns durch zusätzliche Verbesserungen des Gesetzes vom 22. 8. 1949, die bereits 1958 fällig gewesen wären, gegen eine Preisgabe der alten Forderung der Verfolgten auf Herabsetzung der Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung für die Schwer- und Schwerstgeschädigten abhandeln. Hier können wir Ihnen nicht folgen, weil uns die Sicherung eines vorgezogenen Lebensabends für Geschädigte, die ihre Jugend in den Haftanstalten Hitlers verbringen mußten und krank an Leib und Seele wiederkamen, für uns oberste Verpflichtung ist und bleibt.

Wir überlassen es nun Ihnen, Ihren Ministern und Sachverständigen, nach Ihrem Gewissen zu handeln. Unsererseits sind wir entschlossen, unseren Gefährten aus böser Zeit bei der Durchsetzung ihres gerechten Anliegens mit allen legitimen Mitteln beizustehen. Wir sind überzeugt, daß, was bereits in drei der sechs EWG-Länder sowie in der DDR für die Verfolgten Wirklichkeit ist und in weiteren Ländern für alle gilt, auch in der Deutschen Bundesrepublik realisierbar erscheint.

Wir hoffen, daß Sie, sehr geehrter Herr Hirsch und Ihre Parteifreunde, schließlich zu Ihrem ursprünglich gegebenen Wort zurückfinden und sehen Ihrer Antwort mit Aufmerksamkeit entgegen.

Photokopie dieses Schreibens haben wir an die Bundesminister Ihrer Partei und an Herrn Professor Schellenberg gesandt.

Hochachtungsvoll
Lagergemeinschaft Dachau
i. A.
(Alfred Haag)

Dank den Spendern!

Allen Spendern sei hiermit herzlich gedankt. Sie haben damit bewiesen, daß die alte Lagersolidarität nicht tot ist. Es wurde uns damit ermöglicht, das vorliegende Mitteilungsblatt recht umfangreich und technisch besser herauszugeben.

Wir bitten Euch herzlich uns auch in Zukunft nicht zu vergessen und uns durch Eure Beiträge für unsere Arbeit zu unterstützen. Dafür dankt Euch im Voraus

das Sekretariat der Lagergemeinschaft
Postscheckkonto A. Gattinger, Konto Nr. 405 43
Postscheckamt München.

Dr. E. B., München DM 50.—, H. v. K., Bad Harzburg DM 36.—, A. C., Coburg DM 50.—, M. S., Mü.-Pasing DM 10.—, R. F., München DM 10.—, L. D., München DM 50.—, J. S., München DM 10.—, F. M., München DM 5.—, H. V., München DM 20.—, E. S., München DM 5.—, M. A., München DM 30.—, H. M., München DM 10.—, J. K., München DM 5.—, F. S., München DM 20.—, L. M., München DM 5.—, J. H., München DM 10.—, S. H., München DM 10.—, J. G., Indersdorf DM 5.—, J. V., Wolfratshausen DM 5.—, F. B., München DM 10.—, A. G., Höhenberg DM 5.—, F. L., München DM 10.—, A. B., München DM 50.—, H. S., München DM 15.—, K. M., München DM 10.—, H. F., Nürnberg

DM 20.—, L. S., Germering DM 10.—, W. S., München DM 10.—, O. W., München DM 20.—, A. P., München DM 10.—, O. K., Pegnitz, DM 5.—, L. E., München DM 10.—, E. J., München DM 20.—, A. A., München DM 20.—, M. R., Ottenkofen DM 2.—, S. K., DM 20.—, K. P., Garmisch DM 5.—, A. Z., München DM 20.—, H. S., Hamburg DM 30.—, A. R., München DM 10.—, V. S., Trennfurt/Main DM 20.—, J. U., Ruhpolding DM 5.—, A. N., Dachau DM 10.—, L. W., München DM 5.—, H. K., München DM 30.—, W. K., München 54 DM 5.—, F. F., München DM 20.—, W. K., München DM 5.—, Dr. W. K., Göppingen DM 10.—, A. T., Büchenbach DM 5.—, E. R., Mü.-Pasing DM 10.—, H. R., Augsburg DM 25.—, W. K., Bodenmais DM 20.—, A. S., Passau DM 5.—, M. G., München DM 10.—, VVN Penzberg (G. D.) DM 30.—, H. L. F., München DM 15.—, K. G., München DM 5.—, H. H. W., München DM 10.—, E. K., Hof/Saale DM 20.—, H. R., München DM 10.—, J. M., Karlstein (Reichenhall) DM 5.—, J. S., Schluifeld DM 10.—, F. H., München DM 5.—, A. R., München DM 10.—, P. T., Hamburg DM 10.—, VVN Kaufbeuren DM 25.—, W. S., Treuchtlingen DM 40.—, G. R., München DM 50.—, J. D., Hausham DM 40.—, J. H., Emling ü. Erding DM 10.—, K. Z., München DM 10.—, A. B., Aschau DM 10.—, W. F., Ulm DM 50.—, M. F., Hitzman DM 50.—, L. R., München DM 200.—, Bund Deutscher Pfadfinder DM 10.—, Lagergem. Dachau, Nürnberg DM 100.—, O. M., Frankfurt DM 200.—, Kameraden aus Hessen DM 1 217.—, A. u. St., Deisenhofen DM 385.—, W. M., München DM 10.—, S. M., Gunsenhausen DM 25.—, S. K., Böbing DM 10.—, H. D., München DM 40.—, F. K., Regensburg DM 150.—.

Aus dem Buch:

Tanz mal Jude

von Hugo Burghard

Verlag Richard Reichenbach
Nürnberg, Krelingstrasse 39

Neuzugänge wurden gewöhnlich samstags von den diversen Gefängnissen ins Lager eingeliefert; sie kamen in den Vormittagsstunden im Lager an, hatten sich der üblichen Prozedur in der Effekten- und Kleiderkammer, in der Badeanstalt und beim Lagerfriseur zu unterziehen und kamen im Allgemeinen, mit wenig Ausnahmen, unbehelligt am Nachmittag in den Bereich der Baracken zu ihren Zugangsböcken. Samstag herrschte im Lager meistens ruhige Atmosphäre; die SS war gewöhnlich über das Wochenende auf Urlaub und was von den Blockführern noch anwesend war, war daran interessiert, den Dienst so rasch wie möglich hinter sich zu bekommen; daher auch die reibungslose Abwicklung des Empfanges von Neuankömmlingen an Samstagen. Das Verabsäumte wurde am darauffolgenden Tag, am Sonntag, reichlich nachgeholt! Inzwischen aber hatten die neuen Kameraden den Vorzug, von uns älteren, erfahrenen Häftlingen auf das noch Bevorstehende aufmerksam gemacht und vorbereitet zu werden; zumindest konnten sie sich, wenn auch sonst nichts, zwei paar dicke Unterhosen anziehen; dies war schon ein großer Vorteil, um den Schmerz der Auspeitschung etwas abzdämpfen, sofern natürlich der Blutrausch der Folterknechte nicht so gesteigert war, daß sie den armen, hilflosen Opfern die Kleider vom Leibe rissen; es war Glücksache!